Nr. 194. 14. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7457. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 21. August 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Kanada, England und Deutschland.

Wir haben das Vorgehen Kanada's und die daran äußerlich sich anschließende Kündigung des deutsch-englischen Handelsvertrages sehr kühl beurtheilt.

Die Wandlung in der gegenseitigen Stimmung zwischen England und seinen Kolonien, die Agitationen für einen britischen Weltzollverein hatten wir zwar oft genug geschildert. Wir haben jedoch andrerseits sofort betont, daß auch nach der Beseitigung einer im Wege stehenden formell-rechtlichen Schwierigkeit ein wirklicher britischer Reichszollverband noch in ebenso weiter Ferne liegt wie jemals früher. Die rechtliche Zulässigkeit hat eben in solchen Dingen gar nichts zu bedeuten gegenüber den thatsächlichen Hindernissen.

England kann auf absehbare Zeit keine Lebensmittel- und Rohstoffzölle gegen alle nichtbritischen Länder, also gerade seine Hauptversorgungsgebiete schaffen. Ohne diese Gegenleistung haben wiederum die brittischen Kolonien keinen Anlaß, die englischen Industriewaaren stärker wie bisher zu bevorzugen und dadurch ihre eigene aufkeimende Industrie und ihren Absatz nach den nichtbritischen Ländern zu gefährden, die zweifellos alle für sie empfindlichen Zollbenachtheiligungen ihrerseits ebenfalls mit Differentialzöllen beantworten würden.

Die deutsche Presse ist jetzt bereits sehr ruhig, soweit sie es nicht von Anfang an war. Die Presse in England ist überhaupt erst später in die Erörterung der deutsch-englischen Handelsbeziehungen eingetreten und hat, wie man zugestehen muß, fast ohne Ausnahme von vornherein jede Uebertreibung vermieden.

Was uns veranlaßt, auf ihre Ausführungen zurückzukommen, ist der Umstand, daß dabei einige Thatsachen hervorgetreten sind, die vorher unbekannt waren und die manche, vielleicht noch verbliebene Befürchtung zu zerstreuen geeignet sind.

Wir hatten seinerzeit darauf hingewiesen, wie die Wirthschaftspolitik Kanada's stets zwei mit einander ringende Strömungen zeigte — die eine mehr auf eine Angliederung an die Vereinigten Staaten im Süden, die andere auf das entgegengesetzte Ziel gerichtet: Kanada als wichtiges Bindeglied zwischen England im Osten und den australischen und asiatischen Besitzungen im Westen zu entwickeln. Im Ausbau des Eisenbahnnetzes, in der Frage der Kabel- und Schiffahrtssubventionen, in der Zollpolitik, überall treten diese beiden einander widerstreitenden Strömungen auf. Wir hatten damals die Thatsache als überraschend hervorgehoben, daß gerade die kanadischen Liberalen, sonst als Freunde der amerikanischen Union und Gegner der britisch-„imperialistischen" Konservativen bekannt, die Zollbevorzugung Englands zur Grundlage ihrer neuesten Tarifreform gewählt hatten. Sie sind für diese vermeintliche Bekehrung auch von einem Theile der englischen Presse mit Lorbeeren überschüttet worden, der liberal-französische Premier von Kanada Laurier war zum Jubiläumsfest in London der gefeiertste der gefeierten Kolonialminister. Was man jedoch jetzt über die Vorgeschichte des Differentialzolles erfährt, läßt die imperialistischen Tugenden des Kabinets Laurier so zweifelhaft erscheinen, daß England gut thun wird, die Bevorzugung selbst in dieser einen Kolonie nicht als dauerndes Guthaben für sich in Rechnung zu setzen.

Die liberale kanadische Regierung hat thatsächlich, wie sich nunmehr herausstellt und wie es auch ihrer ganzen politischen Vergangenheit entspricht, in erster Linie nicht den engeren Anschluß an England, sondern an die Vereinigten Staaten gesucht. Vor der Inangriffnahme der Tarifreform hat man nach dem „Economist" Unterhändler nach Washington geschickt, um „gegenseitige Tarifkonzessionen" zu vereinbaren. Der „Economist" geht sogar soweit, zu behaupten, daß ein Gelingen dieser Verhandlungen vielleicht dahin geführt haben würde, nicht nur die Vorzugsklausel für England niemals vorzuschlagen, sondern sogar — „wenn auch nicht dem Wortlaute, so doch der Wirkung nach" (not in terms, but practically) — eine Differentialbehandlung gegen England zu schaffen! Erst auf die Weigerung der Vereinigten Staaten hin habe die kanadische Regierung sich entschlossen, den Verkehr mit England doppelt zu pflegen, also mehr aus vorübergehender Noth als aus unerschütterlicher patriotischer Tugend. Da die nach langer Wartezeit endlich am Ruder befindlichen Liberalen ihre alte Politik in Washington scheitern sahen, so überboten sie, um ihr gefährdetes Ansehen aufzufrischen, die Konservativen in Verneigungen nach London hin. „Unser Vorschlag hat die große liberale Partei in einem Anlauf und für immer von dem ehrenrührigen (slanderous) Vorwurf der Treulosigkeit gegen das Mutterland befreit", deklamirte dann nach den „Times" der Marineminister Ende Mai bei den parlamentarischen Berathungen in Kanada. Nach den Enthüllungen des „Economist" macht das heute den Eindruck einer ganz außergewöhnlichen politischen Heuchelei. Das wichtigste englische Handelsblatt gesteht denn auch ohne Illusionen zu, es handele sich in Kanada „nicht endgiltig" (not definitely) um eine Politik der Zollbegünstigung innerhalb des britischen Reiches.

Der neue kanadische Tarif ist nunmehr in erster Linie darauf zugeschnitten worden, die Vereinigten Staaten mürbe zu machen. Begreiflich ist dieses Vorgehen Kanada's durchaus. Denn die Absperrungspolitik der Vereinigten Staaten hat, soweit die Grenzen der beiden Länder reichen, Zustände erzeugt, die geradezu beispiellos sind. Man mag die übliche Handelsstatistik mit noch soviel Geringschätzung ansehen, die Ueberzeugung wird man nicht los, daß sich ein unhaltbarer Zustand in den Zahlen wiederspiegelt, nach denen Kanada aus den Vereinigten Staaten für 59 Millionen, aus England nur für 33 Millionen importirt, nach den Vereinigten Staaten jedoch beträchtlich weniger wie nach England abzusetzen vermag. Die Einfuhr der Vereinigten Staaten stammt zu einem wesentlichen Theile aus den Kanada benachbarten industriell entwickelten Staaten Pennsylvanien, Ohio und Illinois; der Import von Eisen- und Stahlwaaren (iron and steel goods) betrug z. B. aus England 3,15 Millionen Dollars, aus den Vereinigten Staaten 6,45 Millionen, also mehr wie das doppelte — aus Deutschland noch lange nicht eine halbe Million. Auf Verschiebungen in der Einfuhr wirkt die absolute Zollhöhe viel weniger wie die Differenzirung des Zolles, der Vorzugszoll für das eine, der Kampfzoll gegen das andere Land. Will man es den Kanadiern verdenken, daß sie sich gegenüber den Vereinigten Staaten zu helfen suchen, daß sie das englische Eisen und die englische Industrie solange bevorzugen, bis die Vereinigten Staaten den Verkehr Kanada's nach der Union weniger mißhandeln? Man hat diese Mißhandlung bisher stets mit Annektionsgelüsten seitens der Union in Verbindung gebracht. Nach den letzten Erfahrungen hätte sie genau das Gegentheil, den festeren Anschluß Kanada's an England bewirkt. Vielleicht hilft das in Washington ernüchtern.

Jedenfalls rechnen kühle Beobachter in England bereits damit, die Zollbevorzugung Englands werde an dem Tage aufhören, an dem die Vereinigten Staaten, bisher das Haupteinfuhrland, entsprechende Gegenleistungen zusichern. Das Laurier'sche Tarifgesetz sieht ja auch die spätere Gleichstellung dritter Staaten mit England vor. Die glimmende Hoffnung auf einen baldigen britischen Weltzollbund wird dann auch an dieser ersten und zunächst einzigen Ecke des britischen Reiches erlöschen.

Aber die Kündigung des deutsch-englischen Vertrages? Wir haben bereits früher dargelegt, warum „mit oder ohne Streben nach einem britischen Weltreichs-Zollbund", die wachsende zollpolitische Selbständigkeit der Kolonien auch zu größerer Anerkennung der selbständigen Vertragsfähigkeit dieser Länder führen mußte. Seit Jahren haben die self-governing colonies bei Dutzenden von Gelegenheiten das verlangt, aber die englische Regierung widerstrebte. Daß wir in Zukunft mit Kanada so gut wie mit Serbien und Bulgarien werden verhandeln müssen, um unsere gegenseitigen zollpolitischen Beziehungen neu zu regeln, daß Kanada nicht willenlos gezwungen sein will, Zugeständnisse an England sofort auch ohne Gegenleistungen auf andere Staaten zu übertragen, die zufällig mit England (nicht mit der Kolonie selber) Meistbegünstigungsverträge besitzen — das beweist wohl, daß die Bildung selbständiger moderner Staaten in allen Erdtheilen rüstig fortschreitet und auch die alten europäischen Staaten vor manches neue Problem stellt. Es beweist aber keineswegs, daß nunmehr der große Kladderadatsch vor den Thoren Deutschlands steht. Im Gegentheil, wir wünschten der ganzen Welt eine so fröhliche Lebenskraft wie den englischen Selbstverwaltungs-Kolonien.

Politische Uebersicht.

Berlin, 20. August.

Internationale Abmachungen gegen die Anarchisten. Wie die „Köln. Ztg." aus Madrid meldet, ist der Vorschlag der spanischen Regierung, internationale Maßregeln gegen die Anarchisten zu treffen, bis jetzt von Italien, Oesterreich, Rußland und Deutschland günstig aufgenommen worden. Frankreich hat noch nicht geantwortet. England zaudert und wird wahrscheinlich ablehnen, ebenso die Schweiz und die Vereinigten Staaten. Der Hauptvorschlag Spaniens geht dahin, eine Strafkolonie zu gründen, wo die gefährlichen Anarchisten, denen kein Staat mehr Asylrecht gewähren wolle, lebenslänglich festgehalten werden sollen.

Wer meint, daß derartige Abmachungen Attentate verhindern können, der hat ein Anrecht auf lebenslängliche Pension in einem Asyl für Schwachsinnige erworben. Uebrigens sind derartige Verträge ohne parlamentarische Genehmigung nicht möglich.

Die Zukunft des Silbers. Der Silberpreis ist nun auf seinen niedrigsten Stand, auf 25¼ d. (2,17 M.) für die Standard-Unze gesunken. Das Kilogramm Silber hat demnach nur einen Werth von ca. 70 M. und der Silberwerth des österreichischen Silberguldens berechnet sich mit 48,67 statt mit 100,00 Kreuzern. Paul Leroy-Beaulieu bespricht in einem Artikel „Ueber den neuen Preisfall des Silbers und die bimetallistischen Koketterien" die Gestaltung des Silberpreises während der letzten drei Jahre und motivirt die neuerliche Baisse, welche sich seit dem vorigen Jahre vollzogen hat, mit zwei Momenten: dem Uebergange Rußlands zur Goldwährung und der Valuta-Reform in Japan. Es sei merkwürdig, daß die Währungsherstellung in Japan auf den Silberpreis einen viel größeren Eindruck geübt habe als die Reform in Rußland. Japan sei eben ein asiatischer Staat, auf welchen die Bimetallisten die größten Hoffnungen gesetzt haben, und deshalb sei der Entschluß Japans ein tödtlicher Streich für die Hoffnungen der Bimetallisten. Der Bimetallismus werde überhaupt vollständig aussichtslos angesichts des Umstandes, daß sich fast alle Staaten der Goldwährung zuwenden. Während der letzten Jahre bestand noch ein ganz hinreichendes Bedürfniß nach Silber zu Münzzwecken; Rußland ließ größere Mengen von Silberrubeln prägen, Spanien hat, um einen Münzgewinn zu erzielen, Silberprägungen vollzogen, Oesterreich hat namhafte Ausmünzungen von Maria Theresia-Thalern vorgenommen. Man hat nun gefragt, bis zu welcher Grenze der Preis dieses Metalls sinken könne. Gewiß sind die Herstellungskosten des Silbers gering, und beispielsweise hat die Huanchaca-Mine die Unze Silber um 15½ d (1 M. 32 Pf.) hergestellt, während eine spanische Mine, an deren Spitze Herr Boutoux steht, das Silber um 5 d (42½ Pf.) für die Unze fein erzeugt hat. Sicher ist es ferner, daß die kolossale Entwerthung des Silbers die Produktion nicht vermindert hat, sondern daß die Silberförderung gestiegen ist. Während die Silberproduktion im Jahre 1859 nur 900 000 Kilogramm betrug, stellt sie sich jetzt auf fünf Millionen Kilogramm im Jahre. Unter dem Impulse eines neuen Preisfalles des Silbers dürfte sich, nach den Ausführungen Leroy-Beaulieu's, die industrielle Verwendung des Silbers bedeutend erhöhen. Gegenwärtig beträgt der Silberbedarf der Industrie 1,1 Millionen Kilogramm. In zehn, zwölf oder fünfzehn Jahren kann derselbe auf 2½ Millionen Kilogramm gestiegen sein, denn der niedrige Preis dürfte Veranlassung bieten, zahlreiche Gegenstände des täglichen Gebrauches aus Silber herzustellen. Außerdem dürfte der monetäre Silberbedarf in Asien und Afrika nie ganz verschwinden, und so wird mit der Zeit die Silberproduktion von fünf Millionen Kilogramm einen Absatzweg finden. Nichtsdestoweniger hat, schließt Leroy-Beaulieu, das französische Ministerium den Moment schlecht gewählt, um den amerikanischen Delegirten absolut widersinnige Hoffnungen für die Wiederaufnahme der Doppelwährung zu bieten. —

Die Lage in Indien wird von der englischen Presse immer ernster genommen. Die dortigen Blätter bringen die Vorgänge in Indien mit den Ereignissen in der Türkei in Verbindung. Die „St. James Gazette" meint, es sei sicher, daß die Mohamedaner Indiens über die Art, wie England den Sultan behandele, aufgebracht seien. — Das in Kalkutta erscheinende Amtsblatt der indischen Regierung wird morgen eine Bekanntmachung veröffentlichen, durch welche verboten wird, die Konstantinopler Blätter „Sabah" und „Malumat" nach Indien einzuführen.

Wie das „Reuter'sche Bureau" aus Simla von heute meldet, hat General Blood auf seinem Marsche im Swatthale Galgai, ohne Widerstand zu finden, erreicht. Die bisherigen Berichte über den Aufstand des Afridistammes stellen sich als übertrieben heraus.

Die „Times" melden aus Tschaldara von gestern: Der als Vertreter der indischen Regierung fungirende Offizier erhielt ein Schreiben der Mianguls, welche auf religiösem Gebiete die Führerschaft über alle Stämme des oberen Swatthales haben; in diesem Briefe wird Unterwerfung auf Gnade und Ungnade angeboten.

* * *

Deutsches Reich.

— Miquel und Stumm. Unter diesem Stichwort veröffentlicht der „wild-konservative" Prof. Hüpeden in der Naumann'schen „Zeit" einen Artikel, worin er das Rededuell, das die Herren Miquel und Stumm seinerzeit der Arbeiterorganisationen halber ausfochten, in Erinnerung bringt. Prof. Hüpeden schreibt:

Wenn man jetzt in den Zeitungen liest, am 12. d. M. habe der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. v. Miquel auf der Eltville Aue geweilt als Gast des Freiherrn v. Stumm, so fragt man sich unwillkürlich, wie wohl der neue Vizepräsident des Staatsministeriums zu den sozialpolitischen Anschauungen des Herrn v. Stumm stehen mag. Bekanntlich sind für Herrn v. Stumm die selbständigen Arbeiterorganisationen das, was für den Stier das rothe Tuch ist. Wer Gewerkvereine oder gesonderte Arbeitervertretungen empfiehlt, gehört in seinen Augen zu den Förderern der Sozialdemokratie, des Umsturzes und der Anarchie. Die Liste dieser Männer, die es sich schon haben gefallen lassen müssen, demgemäß von Herrn v. Stumm als Umstürzler gekennzeichnet zu werden, ist ja im Laufe der Zeit eine recht stattliche geworden, und es befinden sich darunter viele anerkannt tüchtige, ehrenhafte und hochangesehene Männer. Einer der ersten aber ist der jetzige Vizepräsident des Staatsministeriums v. Miquel.

Es war am 17. Mai 1890, an einem Sonnabend, als gelegentlich der ersten Berathung des Arbeiterschutz-Gesetzes im Reichstage der damalige Abgeordnete Dr. Miquel darauf hinwies, daß die Gesetzgebung in der einen oder anderen Form an die Frage der Arbeiter-Organisation herantreten müsse, und dafür wurde er am Montag, den 19. Mai, von Herrn v. Stumm als Theoretiker und Doktrinär bekämpft, dessen Bestrebungen auf Umsturz der bestehenden Ordnung und Einführung der Anarchie hinausliefen. Daß war vor sieben Jahren. Seitdem hat Herr v. Stumm das Lied alljährlich mit geringen Variationen wiederholt bis zum Ueberdruß. Immerhin dürfte die „Begegnung" gerade dieser beiden Männer, zumal unter den heutigen Verhältnissen, nicht ohne besonderes Interesse sein.

Herr Hüpeden zitirt dann die betreffenden Stellen aus den Reden der Herren Miquel und Stumm und sagt zum Schluß:

Daß Frhr. v. Stumm seitdem seine Meinung nicht geändert hat, sondern noch heute mit den nämlichen Argumenten sich der Ertheilung von Korporationsrechten an die Berufsvereine widersetzt, ist männiglich bekannt. Umsomehr dürfte es interessiren, zu erfahren, wie der jetzige Vizepräsident des Staatsministeriums heute zu der Frage sich stellt, zumal in der Zwischenzeit nicht nur schon einmal ein dahinzielender Entwurf im Schooße des preußischen Staatsministeriums ausgearbeitet worden ist, sondern auch der Reichstag im Dezember v. J. mit überwältigender Majorität eine dahingehende Resolution gefaßt hat. —

— Zur künftigen Gestaltung der „Sozialen Praxis" finden sich beachtenswerthe Ausführungen in dem „Anhaltischen Tageblatt", dem Organ des Abgeordneten Rösicke:

„... Es lag nichts weniger als in der Absicht der Gesellschaftsmitglieder, den vielen von ihnen durchaus sympathischen Herausgeber der Zeitschrift, Dr. Jastrow, zu verdrängen, etwa wegen des bekannten Streitfalles zwischen Dr. Jastrow und dem Staatsminister Dr. v. Berlepsch, wie die „Vossische Zeitung" behauptet; die „Soziale Praxis" ist der neuen Gesellschaft von seiten des „Instituts für Gemeinwohl" vielmehr ohne ihr Zuthun freiwillig angeboten und Herr Dr. Jastrow, welcher sich der Zeitschrift n" zum Theil widmete, in der Hauptsache ist

er Dozent an der Berliner Universität und Schriftsteller, ist vongedachtem Institut anderweitig beschäftigt worden. Abgesehen davon, daß nach dem Vorgefallenen allerdings ein Zusammenarbeiten zwischen Herrn Dr. Jastrow und einer Gesellschaft, an deren Spitze Herr v. Berlepsch steht, beiden Theilen nicht erwünscht sein konnte, stimmen auch die Ansichten beider Herren auf sozialpolitischem Gebiete nicht genügend überein, um Differenzen bei der Leitung des Blattes unter Dr. Jastrow auszuschließen.

Dem „Vorwärts" gegenüber können wir versichern, daß die „Soziale Praxis" trotz des Wechsels in ihrer Leitung nach wie vor auch den Ansichten anderer Parteien, einschließlich der sozialdemokratischen, offen stehen wird, nur werden selbstredend unrichtige Anschauungen der letzteren zugleich ihre Widerlegung finden. . . ."

Falls nur unrichtige Anschauungen der Sozialdemokratie und nicht auch anderer Parteien in der umgestalteten „Sozialen Praxis" widerlegt werden sollten, wäre man recht bald über die eigentlichen Aufgaben der Zeitschrift in ihrer neuesten Aera unterrichtet worden. —

— Zur Affäre Berlepsch-Jastrow hat die „National-Zeitung" behauptet, die philosophische Fakultät der Universität Berlin habe seinerzeit Herrn Dr. Jastrow einen so scharfen Verweis ertheilt, „daß andere Privatdozenten sich dadurch vielleicht veranlaßt gesehen hätten, auf eine akademische Stellung an der Universität zu verzichten". Wie der „Lib. Korr." von einer in Universitätsangelegenheiten gewöhnlich gut unterrichteten Seite mitgetheilt wird, war der Sachverhalt folgender: Auf das Schreiben des Kultusministers Dr. Bosse wegen Jastrow's im Jahre 1893 erschienenen Buches „Sozialliberal" hat im Februar 1896 die Fakultät, ohne den Angeschuldigten zu hören, beschlossen, ihm einen Verweis zu ertheilen und einen öffentlichen Widerruf aufzuerlegen. Dr. Jastrow antwortete mit einer Schutzschrift, in welcher er darlegte, daß es rechtlich nicht zulässig sei, einen Angeschuldigten zu verurtheilen, ohne ihn vorher anzuhören, daß ein zwangsweiser Widerruf außerdem sittlich nicht zulässig sei, und erbot sich endlich, unter ausführlicher Darlegung aller vorgekommenen Inkorrektheiten bei Erlaß der Bergwerksabgaben, zum Beweis der Wahrheit. Das Ergebniß war, daß die Fakultät das Verlangen nach einem Widerruf zurücknahm, den Verweis aber — mit veränderter Begründung — aufrecht erhielt. Wenn die „National-Ztg." sich darüber wundert, daß der Wortlaut des Fakultätserkenntnisses „so sorgsam geheim gehalten" worden sei, so erklärt sich dies dadurch, daß die Regierung den erzielten Verweis nicht veröffentlichen konnte, ohne Gefahr zu laufen, daß auch der Angeschuldigte seine Schutzschrift veröffentlichte.

Da wir seinerzeit die Jastrow'schen Enthüllungen übernommen hatten und unser verantwortlicher Redakteur wegen des Artikels zu einer Geldstrafe verurtheilt wurde, interessirt es uns, daß nunmehr festgestellt wird, daß die Fakultät nach Jastrow's Darlegungen auf den zuerst verlangten Widerruf verzichten und damit die Unwiderleglichkeit der Ausführungen anerkennen mußte. —

Nicht übel ist es übrigens, daß Herr v. Treitschke, der den Mund gegen katholischen Gewissenszwang im Gegensatz zu protestantischer Freiheit nie voll genug nehmen konnte, zunächst das Verlangen des Widerrufs ohne Anhörung des Autors durchzudrücken wußte. So viel uns bekannt, muß nach kanonischem (kirchlichem) Recht der Autor gehört werden, ehe ihm der Widerruf auferlegt wird. —

— Der Fußtritt des Fürsten Bismarck. Die „Deutsche Tageszeitung", das Hauptorgan des Bundes der Landwirthe, schreibt heute:

„Die Mittheilungen aus dem Gespräche des Fürsten Bismarck, die wir jüngst nach der „Neuen Freien Presse" brachten, werden ohne Zusatzbemerkung in den „Hamb. Nachr." abgedruckt, sodaß sie als authentisch gelten können."

Und kein Wort des Trostes findet das Blatt. . . :

— Sämmtliche Reichspostanstalten und Landbriefträger sind durch Verfügung des Staatssekretärs für das Reichspostamt beauftragt worden, Geldspenden für die Ueberschwemmten anzunehmen und an das hiesige Zentralkomitee abzuführen. Daß aber hierfür „das tarifmäßige Franko von den einzusendenden Beträgen vorweg in Abzug zu bringen" ist, erscheint uns als eine des Reiches nicht würdige Pfennigfuchserei. In der kleinen Schweiz werden in solchen Nothständen alle Postsendungen portofrei befördert. Und da, wo so viele Private, wie Spediteure, Zeitungen 2c. 2c. sich unentgeltlich in den Dienst des Liebeswerkes gestellt haben, sollte das Reich nicht aus den Sammlungen — noch ein Geschäft machen. —

— Steuererhebung in den Nothstandsgebieten. Die „Berl. Korr." schreibt: „Durch eine Verfügung des preußischen Finanzministers ist die Aufmerksamkeit der Behörden in den von den diesjährigen Hochwasserschäden betroffenen Bezirken auch auf die Einziehung der direkten Staatssteuern gelenkt. Danach soll in der Anwendung des Zwangsverfahrens gegen Steuerschuldner, welche aus Anlaß der Wasserschäden in eine bedrängte Lage gerathen sind, eine möglichst milde Praxis befolgt und jedenfalls rücksichtslosen Exekutionsmaßregeln durch Ertheilung entsprechender Anweisungen an die betheiligten Lokalbehörden im voraus begegnet werden.

Zu diesem Zwecke ist empfohlen, nach Prüfung der Verhältnisse der einzelnen Steuerpflichtigen für alle diejenigen Restanten, welche aus dem gedachten Anlaß gegenwärtig zur Zahlung ohne Härte nicht angehalten werden können, nach Umständen vorerst Stundungen der Steuern zu bewilligen.

Außerdem können in den geeigneten Fällen die nach den bestehenden Vorschriften zulässigen Steuererlasse eintreten." —

— In bezug auf die Organisation des Handwerks hat der Oberpräsident der Provinz Schlesien an die Regierungspräsidenten das Ersuchen gerichtet, sich bis zum 15. September cr. über die Zahl der in jedem Regierungsbezirk zu errichtenden Handwerkerkammern, ihre Sitze und die ihnen zuzuweisenden Bezirke gutachtlich zu äußern. Hierbei bittet der Oberpräsident, zunächst die Frage zu prüfen, ob es sich empfiehlt, eine Handwerkerkammer für die ganze Provinz in Breslau zu errichten, oder für den Umfang jedes einzelnen Regierungsbezirkes eine Kammer zu begründen. Die Liegnitzer Regierung hat bereits, wie von dort gemeldet wird, an sämmtliche Landräthe des Regierungsbezirkes und an die Oberbürgermeister von Liegnitz und Görlitz eine Abschrift mit dem Ersuchen übersandt, auf grund vorheriger Anhörung der Vorstände der einzelnen Innungen sich über die Begrenzung der Kammerbezirke gutachtlich zu äußern, die Zahl der in jedem Kreise vorhandenen Handwerker annähernd mitzutheilen und binnen drei Wochen Bericht zu erstatten. In Liegnitz wird sich der Innungsausschuß mit der Frage befassen und der Regierung empfehlen, für jeden Regierungsbezirk eine Handwerkerkammer zu errichten und für den Bezirk den Sitz der Kammer in Liegnitz zu bestimmen. —

— Zur Frage des Fleischimports. Die vom Staatsthierarzt Vollars in Hamburg herausgegebene „Zentralzeitung für Veterinärwesen, Viehmarkt und Schlachthöfe" weist darauf hin, daß infolge der Beschränkung der Einfuhr von Vieh die Einfuhr von Fleisch und Fleischprodukten aus dem Auslande erheblich gestiegen ist. Vergleicht man die Jahre 1896 und 1897, so ergiebt sich, daß der Werth des eingeführten Viehes um etwa 17 pCt gesunken, der des eingeführten Fleisches um mehr als 60 pCt. gestiegen ist. Insbesondere thun die nunmehr vorliegenden Spezialziffern der Fleischeinfuhr im ersten Halbjahr 1897 thatsächlich dar, daß die Fleischeinfuhr einen direkten Ersatz für die Verminderung des Viehimportes bildet. Das frische Rindfleisch, das besonders aus Dänemark (10 272 Doppelzentner), den Niederlanden (4150 Doppelzentner) und Oesterreich-Ungarn (1458 Doppelzentner) zur Einfuhr kommt, ist sicherlich nichts anderes als der Ueberschuß der Viehproduktion, der vordem in der Gestalt lebenden Schlachtviehes zu uns gelangte. Dasselbe gilt von dem Schweinefleisch-Import aus den Vereinigten Staaten Amerika's und der mächtig anwachsenden Wurst- und Büchsenfleisch-Einfuhr. Das Fachblatt verlangt auf grund dessen Erleichterung der Zufuhr der Rohwaare, des lebenden Viehes, weil die hygienische Kontrolle des Fleisches und der Fleischprodukte schwieriger sei als die Untersuchung der Vieheinfuhr. —

— „Weiter nichts?" Die Bemerkung „Weiter nichts?", die der preußische Eisenbahnminister unter die Petition der Stadt Erfurt um bessere Schnellzugsverbindungen 2c. gesetzt haben soll, wird jetzt — wie man der „Magdeburger Zeitung" aus Erfurt schreibt — als Erfindung bezeichnet. —

Königsberg i. Ostpr., 19. August. Gegenwärtig halten sich hier als Kommissare der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Herr Dr. v. Woedtke, Direktor im Reichsamt des Innern, ferner die Herren Geh. Regierungsrath Dr. Kaufmann und Regierungsrath Dr. Beckmann auf, um sich über die Lage der ostpreußischen Versicherungsanstalt und überhaupt über die für die Durchsicht des Invaliditäts-Versicherungsgesetzes in betracht kommenden ostpreußischen Verhältnisse zu unterrichten. Es werden auch Reisen in die Provinz und Lokalrecherchen unternommen werden. —

Aus Sachsen, den 17. August. In der Verwaltung des Königreichs Sachsen bereitet sich eine wichtige Umgestaltung vor. Das Land ist gegenwärtig in vier Kreise getheilt, an deren Spitze die Kreishauptleute zu Dresden, Leipzig, Zwickau und Bautzen stehen. Als man 1835 diese Eintheilung schuf, waren die Kreise in der Bewohnerzahl und dem Umfange der Verwaltungsgeschäfte einander annähernd gleich; heute jedoch hat der Zwickauer Kreis mit seiner ungeahnten Entwickelung der erzgebirgischen und vogtländischen Industrie die übrigen Kreise an Bewohnerzahl weit überholt, und damit haben auch die amtlichen Geschäfte eine Vermehrung erfahren. Es wird daher eine Theilung des Zwickauer Kreises in Erwägung gezogen, und der nächstliegende Gedanke ist nach der „Köln. Ztg." dabei, daß man das gewerbreiche Vogtland, vielleicht unter Hinzufügung der Gegend um Werdau und Crimmitzschau, die bereits zum vogtländischen Handelskammer-Bezirk gehört, wieder zu einem selbständigen Kreise macht, was es bis 1835 bereits gewesen ist. —

Dresden, 20. Aug. (Eig. Ber.) Eine recht eigenthümliche Interpretation der revidirten Landgemeinde-Ordnung haben sich einige sächsische Behörden wieder geleistet. In einem Dorfe — Lohmen bei Pirna — waren auf Antrag der sozialistischen Vertreter im Gemeinderath die Vertreter der Unansässigen um zwei vermehrt worden. Nach den Wahlen stellte sich heraus, daß neun Personen gewählt hatten (auf grund der Wählerliste), ohne dazu berechtigt zu sein. Die sozialistischen Kandidaten unterlagen bei der Wahl gegen nur 4 Stimmen Mehrheit der Gegner. In anbetracht dieser Situation beantragten unsere Genossen bei der vorgesetzten Behörde, die Wahl für ungiltig zu erklären. Die Amtshauptmannschaft zu Pirna wies den Antrag als unbegründet zurück. Sie wies dabei darauf hin, daß nach § 42 der revidirten Landgemeindeordnung Einspruch gegen die Wählerlisten in der vorgeschriebenen Zeit zu erheben ist. Weil das nicht geschah, hat es bei der Wahl sein Bewenden. Die Kreishauptmannschaft Dresden entschied genau so.

Wenn diese famose Gesetzesauslegung wirklich noch Sanktion der obersten Behörde — des Ministeriums — erlangen sollte, wären in Zukunft die Gemeinderathswähler im Interesse einer ordnungsmäßig vollzogenen Wahl gezwungen, die Wählerlisten nicht nur daraufhin zu kontrolliren, ob alle Wahlberechtigten auch eingetragen, sondern auch deshalb, ob die Nichtwahlberechtigten nicht in die Listen aufgenommen sind! Das ist die Konsequenz der Entscheidung dieser beiden Behörden. Was denn alles möglich wäre, um eine Wahl in den Gemeinden nach den Wünschen der „Ordnungsparteien" zu stande zu bringen, liegt auf der Hand. Die sächsische Interpretationskunst treibt immer schönere Blüthen. —

— Konsequenz. In Schlesien, Posen, Westpreußen und Schleswig wird germanisirt, in Mecklenburg scheint man es zur Abwechslung einmal mit dem Slavisiren versuchen zu wollen. Folgende Meldung geht uns zu: Vom 1. Oktober ab wird die unweit Kleinen gelegene Station Lübstorf auf Veranlassung des Herzog-Regenten „Wiligrad" genannt werden, also gerade so, wie sein neues am Schweriner See gelegenes Schloß, das etwa 2 Kilometer entfernt ist. Wiligrad ist der altwendische Name der Stammburg bei Wismar, die, als die Deutschen Mecklenburg erobert hatten, Michilenburg und später Mecklenburg genannt wurde, wonach alsdann das ganze Land seinen Namen erhielt. — Im Posenschen werden Briefe und Sendungen nicht zugestellt, wenn der Name des Adressaten „polnisch" geschrieben ist, und in Mecklenburg macht man aus einem deutschen Lübstorf ein slavisches Wiligrad! Was ist nun national? Das posensche oder das mecklenburger Verfahren? —

Koburg, 20. August. („Voss. Ztg.") Der Landtag beschloß die Trennung des Regierungsblattes von der nationalliberalen „Koburger Zeitung" und bewilligte 2000 M. für die Ueberschwemmten. Der Landtag wurde darauf geschlossen. —

Regensburg, 18. August. Grober Unfug, begangen durch die Presse. Dem „Regensburger Morgenblatt" ist ein Strafmandat von 50 M. zugegangen wegen groben Unfugs, begangen durch eine Auslassung über den Fürsten Bismarck.

Die bayerischen Gerichte sind bismärckischer als Bismarck. Daß diese Anwendung des groben Unfugsparagraphen eine absolut mißbräuchliche ist, haben wir schon bei dem ersten in München gegen den Redakteur des „Süddeutschen Postillon" vorgekommenen gleichen Fall eingehend dargelegt. —

Karlsruhe, 19. August. (Frankf. Ztg.) Der heute Abend erschienene „Staats-Anzeiger" enthält die Entschließung des Großherzogs über die Erneuerungswahlen für die zweite Kammer der Ständeversammlung. Dieselbe bringt das Verzeichniß der 31 ausscheidenden Abgeordneten, ihren Wahlbezirk und die Namen ihrer Wahlkommissare. Für die unverzüglich vorzubereitenden Neuwahlen nach einer Verfügung des Ministeriums des Innern ist mit der Auflegung der Wählerlisten für die Erneuerungswahlen am 20. September zu beginnen. —

Straßburg i. Els., 19. August. Oberst Freiherr v. Egnatten, der vor kurzem den Bürgermeister und die Einwohnerschaft von Barr schwer beleidigte und sodann eine öffentliche Abbitte leistete, hat das Kommando über das Infanterie-Regiment Nr. 137 wieder übernommen. Die Angelegenheit ist mithin für ihn ohne dienstliche Folgen geblieben. —

— Duellchronik. Aus Göttingen wird unterm 19. d. M. gemeldet: Ein Säbelduell unter den schwersten Bedingungen hat vor einigen Tagen, wie nachträglich erst bekannt wird, in der Nähe unserer Stadt zwischen einem Assessor und einem Kandidaten des Medizin (namens H. . .) stattgefunden. Der Assessor erlitt dabei schwere Verwundungen an der Brust und an einem Arm. —

— Ein neuer Reinfall des Dr. Peters. Der Zug, der Dr. Peters nach Somaliland unternehmen wollte, ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Der Grund hierfür soll in Streitigkeiten zwischen den Führern der Expedition liegen, infolge deren die deutsche Finanzkraft, die hinter dem Unternehmen stand, sich zurückgezogen hat. So ist denn die Expedition der Mittel beraubt, deren sie zu ihrer Durchführung bedurfte. Es soll übrigens, wie die „Magdeb. Ztg." meldet, Aussicht vorhanden sein, daß das Unternehmen doch noch zustande kommt.

Charakteristisch für die vor nichts zurückschreckende Profitwuth deutscher Kapitalisten ist es, daß sich nach der moralischen Hinrichtung des Peters noch immer Leute finden, die bereit sind ihn als kolonialen Pfadfinder weiter zu verwenden. Im Interesse unseres Kampfes gegen den neuesten Kapitalismus in deutschen Landen, den Kolonialkapitalismus, müßten wir fast wünschen, daß Dr. Peters nach dem Somaliland zieht, aber um des guten Rufes des deutschen Volkes willen wünschen wir, daß die geplante Expedition nicht zu stande kommt. —

Frankreich.

Paris, 20. August. Obgleich die Polizei eifrig nach dem letzten Bombenwerfer sucht, ist es ihr bisher nicht gelungen, des Attentäters habhaft zu werden. Der mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragte Richter zog Erkundigungen über das Vorleben des verhafteten Anarchisten Perter ein. Letzterer versichert, an dem vorgestrigen Attentat gänzlich unbetheiligt zu sein.

Warum erkundigt man sich nicht über Plan, Absicht, Zweck 2c. des Attentates beim Pariser Polizeipräsidenten? —

England.

— Unglücksfälle bei der Kriegsmarine werden wieder gemeldet. So berichtet eine Depesche: Der Kreuzer „Phaeton" und der Torpedoboot-Zerstörer „Trasher", welche gestern nach dem Stillen Ozean in See gegangen waren, kehrten heute nach Plymouth zurück, beide in beschädigtem Zustande; man glaubt, daß sie im Kanal einen Zusammenstoß gehabt haben. —

Norwegen.

Das Storthing hat seine Legislaturperiode beschlossen. Nach dem norwegischen „Sozialdemokrat" ist das Resultat der letzten Thingperiode in kurzer Zusammenfassung das folgende:

„Man kann behaupten, daß in dieser Parlamentsperiode so fleißig gearbeitet wurde, wie man es nur verlangen kann. Ob aber die Arbeit qualitativ das gleiche Lob verdient, muß billig bezweifelt werden. Aber trotz des überflüssigen Geschwätzes und der Neigung, Kleinigkeiten zu Staatsaktionen aufzubauschen, kann doch nicht geleugnet werden, daß er eine Menge Fragen behandelt und erledigt hat.

In politischer Hinsicht hat er eine andere Rolle gespielt, als man erwartet hatte. Der Beschluß betreffend die Kriegsrüstungen, der Liljedahl'sche Stimmrechtsbeschluß und die Zollgesetzgebung liegen entweder außerhalb des Programms, auf das die Storthingmänner gewählt wurden, oder stehen direkt im Widerspruch mit den Ansichten der Wähler. Der Beschluß vom 7. Juni bedeutet den Rückzug der Linken in der Unionspolitik. Die Ausgaben für die gemeinsame Diplomatie und das gemeinsame Konsulatswesen wurden, wie früher, bewilligt. Das Konsulatsgesetz (betr. eigene Konsuln) wurde verworfen, und alles bleibt bis auf weiteres beim Alten.

Die Frucht der unionspolitischen Niederlage wurden die gesteigerten Kriegsbewilligungen im Jahre 1895. Die Konsequenzen haben sich denn auch in Schweden ergeben. Beide Unionsländer „reorganisiren" nun ihr Vertheidigungswesen mit ständig wachsendem Militärbudget. Der Militärunsinn wächst hier, wie anderwärts.

Während des Wahlkampfes hieß es, wenn die Linke die Majorität bekäme, dann würde das allgemeine kommunale Stimmrecht eingeführt werden. Aber auch in diesem Fall ging es anders. Einer der „Demokraten" (!) widersetzte sich dem, und so wurde ein Gesetz geschaffen, das zwar einen Fortschritt bedeutet, aber nicht wenig von der Durchführung des „allgemeinen" Stimmrechts entfernt ist, und das obendrein so mangelhaft abgefaßt ist, daß seine Auslegung sogleich Veranlassung zu heftigem Streit gab.

Schließlich kamen dann die Zölle, gegen die genug gesagt ist, um es noch einmal zu wiederholen.

Daneben hat das „Unionskomitee gearbeitet, soviel man sieht ohne jedes Resultat. Aber es hat dazu beigetragen, die Gemüther ein wenig zu beruhigen, und besonders hat sich „die Rechte" darüber gefreut, den gefährlichen Agitationsstoff in einem zum Schweigen verpflichteten Komitee vergraben zu haben. In derselben Richtung hat die charakter- und kraftlose gegenwärtige Koalitionsregierung gewirkt.

Unter den Beschlüssen, die gefaßt wurden, mag noch das Flaggengesetz erwähnt werden. (Führung der „reinen" Flagge in Norwegen, d. h. ohne das schwedische Unionszeichen.") Es wird vom König nicht sanktionirt, auch wenn es nächstes Jahr wieder angenommen wird.

Ein wichtiges Gesetz wurde verworfen: das von den politischen Rechten und dem Vereinsrecht der Arbeiter. Wieder war es der eine „Demokrat", der die Mehrheit im Stich ließ."

Italien.

— Italien und die lateinische Münzunion. Die in Aussicht genommene Zusammenkunft Visconti-Venostas, des italienischen, mit Hanotaux, dem französischen Minister des Auswärtigen, hat außer den allgemeinen wirthschaftlichen Fragen insbesondere der Reform zu gelten, welche Italien an der lateinischen Münzunion hinsichtlich der Silber-Scheidemünze vorzunehmen gedenkt. Die Unionstaaten sollen ermächtigt werden, ihren Stock an Silber-Scheidemünzen um 1 Frank (80 Pf.) per Einwohner unter der Bedingung zu erhöhen, daß nur drei Millionen der neuen Münzen aus Silberbarren geprägt, der Rest durch Umprägung alter Bestände aufgebracht werde. Außerdem soll der Umlauf der Scheidemünzen auf ihr Prägungsgebiet beschränkt werden. Darüber schweben mit der Schweiz schon nähere Verhandlungen, während sie mit Frankreich von Visconti-Venosta erst eingeleitet werden sollen. —

Spanien.

Aus Mailand wird gemeldet, daß gestern dem Mörder des Ministerpräsidenten Canovas das Todesurtheil zugestellt worden ist. Die Hinrichtung dürfte bereits heute erfolgen, weil der Mörder gestern dem Gefängnißgeistlichen übergeben wurde, eine Maßregel, welche sonst der Exekution 24 Stunden vorausgeht. —

San Sebastian, 20. August. Die Königin-Regentin hat dem Kriegsminister Azcarraga das Ministerpräsidium definitiv übertragen. Veränderungen im Kabinet wird Azcarraga nicht vornehmen.

Angiolillo, der Mörder des Ministerpräsidenten Canovas del Castillo, ist heute Vormittag 11 Uhr hingerichtet worden. —

Türkei.

Konstantinopel, 20. August. Gestern und heute fanden sehr zahlreiche Verhaftungen von Armeniern statt. Vielfach werden Befürchtungen ausgesprochen, daß die armenischen Attentäte neue Metzeleien, wenn nicht hier, so in der Provinz, seitens der Mohamedaner zur Folge haben werden. Der französische Botschafter Cambon machte dem zu ihm gesandten Delegirten des Sultans Izzet Bey ernste Vorstellungen und rieth ihm, strengste Maßregeln zu ergreifen, um Massakres zu vermeiden, da sonst ernstliche Komplikationen unvermeidlich wären. In den Patriarchaten und unter den armenischen Notablen herrscht größte Bestürzung. —

Konstantinopel, 20. August. Am gestrigen Tage ist die Ruhe nirgends gestört worden, so daß die Aufregung unter der Bevölkerung sich etwas gelegt hat. Die Verhaftungen dauern noch immer fort. Die Pforte hat allen Valis und Militärkommandanten in den Provinzen mitgetheilt, daß der Sultan auf das strengste befohlen habe, Ausschreitungen gegen die Armenier infolge der hier vorgekommenen Attentate zu verhüten, und daß die Valis und Militärkommandanten persönlich für die Erhaltung der Ruhe verantwortlich gemacht würden. Man hofft, daß hierdurch die gestrigen Vorfälle ohne Folgen in den Provinzen bleiben werden. —

Asien.

Tätris, 19. August. („Daily News".) Die Kurden an der türkisch-persischen Grenze haben den Distrikt Salmas auf persischem Gebiete überfallen. Sie haben zwei armenische Dörfer vollständig ausgeplündert und zerstört und sollen 200 Christen und Mohamedaner niedergemacht haben. Die persische Regierung sendet weitere Truppen. —

Amerika.

Washington, 19. August. Die Antwort der Vereinigten Staaten auf die letzte Note Japans ist in entschieden freundlichem Tone gehalten; sie wiederholt, daß die Annektirung Hawaii's recht und billig sei, und betont neuerdings, daß die Rechte Japans völlig gewahrt bleiben werden. —

Washington, 19. August. Der Staatssekretär Sherman nahm die Mittheilungen des französischen Botschafters Patenôtre, betreffend Verhandlungen über den Abschluß eines Reciprocitätsvertrages

mit Frankreich gemäß der Reciprocitätsklausel des Dingley-Gesetzes entgegen. Nach dieser Klausel dürfen die Vereinigten Staaten Frankreich keine (??) Zollermäßigung zugestehen, welche eine Million Dollars überschreitet. —

— Von dem „kommunistischen" Propheten Antonio Conseilhero in Nordbrasilien sind aus Bahia in Lissabon weitere Meldungen eingetroffen, welche bis zum 2. August reichen. Danach ist fast die gesammte ärmere Neger- und Mestizenbevölkerung in das Innere des Landes geeilt, um sich der Anhängerschaft Conseilhero's anzuschließen. Derselbe befindet sich auch bereits auf dem Vormarsche gegen Bahia, so daß alle wohlhabenden Einwohner der Stadt nach den nördlichen Hafenplätzen flüchten. Die in Aussicht gestellte Bundesarmee, welche von Rio de Janeiro aus zum Schutze Bahia's entsandt werden sollte, ist noch immer nicht reisefertig, weshalb sie wohl kaum den siegreichen Schaaren des Propheten auf ihrem Zuge gegen Bahia zuvorkommen wird. —

Partei-Nachrichten.

Die Entlassung unseres im Essener Meineidsprozeß zu 2½ Jahren Zuchthaus verurtheilten und im Zuchthaus zu Werden internirten Parteigenossen Ludwig Schröder wurde für Mitte dieser Woche angekündigt. Der in Essen erscheinende „Allgemeine Beobachter" schrieb, die Strafanstalts-Verwaltung habe wegen der guten Führung Schröder's dessen Freilassung beantragt und dem Antrag sei stattgegeben worden. Leider ist diese Angabe verfrüht. Wie uns eine Privatdepesche meldet, ist die Entscheidung über die Freilassung Schröder's auf längere Zeit vertagt worden. So schlägt also unserem braven Parteigenossen, der schon ziemlich zwei Jahre im Zuchthaus schmachtet, noch immer nicht die Stunde der Erlösung — trotz guter Führung, trotz der Fürsprache der Strafanstalts-Verwaltung und trotz der Bestimmung, daß Gefangenen, die zwei Drittel ihrer Strafe verbüßt haben, bei guter Führung der Rest der Strafe erlassen werden darf!

In Erinnerung sei hierbei gebracht, daß im Essener Meineidsprozeß außer Schröder noch verurtheilt wurden: Meyer und Gräf zu je 8½, Imberg, Beckmann, Wilking zu 3 Jahren Zuchthaus, alle zusammen zu 5 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte Thiel erhielt sechs Monate Gefängniß.

Daß weite Kreise des deutschen Volkes auch heute noch überzeugt sind, daß die Geschworenen in Essen einen Fehlspruch fällten, dürfen wir wohl als erwiesen bezeichnen, und daß die Mehrzahl derer, die noch an der Unschuld unserer Genossen zweifeln, wenigstens auf dem Standpunkte des Kölner Gerichts stehen, das die Sache für nicht genügend aufgeklärt erachtete, das können wir annehmen.

Der Gendarm Münter, dessen Aussagen im Essener Meineidsprozeß die Grundlage zur Verurtheilung Schröder's und Genossen abgaben, soll, wie rheinische Blätter berichten, pensionirt worden sein.

Von der Agitation. Unser Parteigenosse Liebknecht sprach auf seiner Reise zum Internationalen Arbeiterschutzkongreß in Zürich, dem er mit als Vertreter der Partei beiwohnt, in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung in Frankfurt a. M. über die politische Lage. Am Sonnabend spricht er in Basel.

Als Reichstags-Kandidat für den 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis Ottensen-Pinneberg ist von der Kreiskonferenz in Elmshorn wieder Genosse A. v. Elm aufgestellt worden.

Die „Brandenburger Zeitung" schreibt: Die Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg, die am 12. September in Berlin stattfindet, hat bekanntlich auch die Frage der Betheiligung der Partei an den preußischen Landtagswahlen auf der Tagesordnung. Das Referat darüber hat der Genosse Ledebour. Der Vertreter der Agitationskommission auf der Rathenower Kreiskonferenz (Brandenburg-Westhavelland), der Genosse Schuster-Berlin, erklärte auf Befragen, daß Ledebour gegen die Betheiligung der Partei an den Landtagswahlen sei, und das Referat sei ihm übertragen, weil man in Berlin im allgemeinen auf dem gleichen Standpunkte stehe. Da es doch wohl nicht so gleichgiltig ist, welche Stellung die Konferenz in dieser Frage einnehmen würde, wäre es doch wohl billig, in vorurtheilsfreier Weise einen Korreferenten zu bestellen. Die Genossen, welche eine andere Anschauung als der Referent vertreten, auf die Diskussion zu verweisen, erscheint uns nicht angebracht, da die Redezeit für die Redner in der Diskussion doch viel zu knapp bemessen ist. Uebrigens hängt es vom Zufall ab, ob die Genossen, die für die Betheiligung sich aussprechen möchten, hinreichend gewandte Redner auf der Konferenz haben. Daran wird die Agitationskommission bisher nicht gedacht haben. Wir hoffen daher, daß nach dieser Anregung sich die Kommission sogleich nach einem tüchtigen Redner für das Korreferat in Sachen der Landtagswahlen umsehen wird.

Die „Schleswig-Holstein'sche Volkszeitung" hat, wie zur Ergänzung der Notiz in der Donnerstagnummer mitgetheilt sei, allein im 7. schleswig-holstein'schen Wahlkreise 4227 Abonnenten. Ihre wirkliche Auflage ist um etliche Tausend höher.

Aus Mainz wird uns geschrieben: In dem an der Mainmündung gelegenen Industrie-Orte Kostheim ist zur Nachahmung für manche größere Stadt ein Gewerbegericht errichtet worden. Am 18. August war die Wahl der Beisitzer. Bei den Unternehmern siegte die Liste des katholischen Männervereins ohne Gegenkandidaten. Bei den Arbeitern jedoch siegten die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei mit 135 Stimmen gegen die Kandidaten des katholischen Männervereins, die 35 Stimmen erhielten.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Durch den Druck eines Flugblattes gegen den Wirth Wohlgemuth in Gotha soll sich Reichstags-Abgeordneter Bock des groben Unfugs schuldig gemacht haben. „Uns soll es nicht wundern" — schreibt das „Volksblatt für Gotha" — „wenn schließlich auch noch unser ganzes Druckerpersonal bis herab zum Setzerlehrling eine Anklage wegen groben Unfugs erhält, denn alle haben an der Herstellung des Flugblattes, welches die hiesigen Gerichte jetzt schon so oft in Thätigkeit gesetzt hat, mitgewirkt."

— Wegen Beleidigung der Amtshauptmannschaft in Glauchau hatte sich in Dresden der Parteigenosse Fleißner in seiner Eigenschaft als früherer verantwortlicher Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung" vor dem Schöffengericht zu verantworten. Die Beleidigung soll in Nr. 105 der „Sächs. Arbeiterzeitung" vom 9. Mai d. J. enthalten sein. Obwohl nun die dort behaupteten Thatsachen als richtig und auch die Form der einzelnen Redewendungen als nicht beleidigend angesehen wurde, erfolgte doch Verurtheilung, und zwar zu 25 M. Geldstrafe, weil der Artikel als Ganzes geeignet sei, die Behörden in der Achtung anderer Personen herabzusetzen. Bemerkenswerth ist, daß im Gegensatz zu dem Wunsche des Amtsanwalts auf die Vorstrafen Fl.'s (die wegen Beleidigung ausgesprochen worden) kein Gewicht gelegt wurde, da solche bei im parteipolitischen Leben stehenden Leuten in einem anderen Lichte zu betrachten seien als in gewöhnlichen Fällen. Insofern sticht das Urtheil vortheilhaft von den bisher in Dresden gegen Parteigenossen gefällten Urtheilen ab.

— In Greiz war neulich bei einer Haussuchung in der Expedition der „Reußischen Volkszeitung" das Redaktionsexemplar beschlagnahmt worden. Auf erhobene Reklamation wurde dasselbe wieder zurückgeliefert.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Spandauer Bäckergesellen beschlossen in einer stark besuchten Versammlung, eine Organisation zu gründen. Fast alle Anwesenden traten derselben bei. Die Versammelten verpflichteten sich ferner, in energischer Weise für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen im Bäckergewerbe einzutreten.

Achtung, Stellmacher! Die Sperre über die Treppengeländer-Werkstelle von H. Engel dauert unverändert fort und ist daselbst die Arbeit bis auf weiteres zu meiden.

Die Agitations-Kommission.

Deutsches Reich.

Der Redakteur des Glasarbeiter-Fachblattes „Der Fachgenosse", Reichstags-Abgeordneter Horn, hat sich am 25. August wegen „groben Unfugs" zu verantworten, den er dadurch begangen haben soll, daß er im Jahre 1895 fortlaufend Notizen veröffentlicht hat, worin vor dem Zuzug nach einer Reihe von Orten gewarnt war. Der „Fachgenosse" schreibt hierzu: „Herr steh' uns Redakteuren bei! möchte man ausrufen, wenn es Usus werden sollte, daß solche Warnungen vielleicht gar noch aus der sozialistengesetzlichen Zeit oder noch früher her verfolgt werden."

Die Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer werden im „Grundstein" vom Verbandsvorstand aufgefordert, angesichts der großen Anforderungen, die durch die Streiks an die Organisation gestellt werden, mehr Mittel für den Streikfonds zu schaffen. Zur Zeit stehen noch die Maurer in Langensalza, Leipzig und Osterburg im Kampfe und in Bremen sind die Maurer durch den Streik der Bauarbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Im ganzen werden wöchentlich gegen 20 000 M. Unterstützung gebraucht. Der Verbandsvorstand ersucht nun darum, daß die unverheiratheten Kollegen wöchentlich 50 Pf. und die verheiratheten 20 Pf. als freiwilligen Beitrag zum Streikfonds zahlen.

In Düsseldorf sollen fünf streikende Steinhauer, deren Aufgabe es war, zugereiste Fachgenossen über den Stand der Dinge zu unterrichten, durch gewaltthätiges Benehmen gegen dieselben den § 153 der Gewerbe-Ordnung verletzt haben. Vor Gericht gelang es ihnen, die Grundlosigkeit der Beschuldigung nachzuweisen. Sie wurden sämmtlich freigesprochen.

Die Bauklempner in Erfurt fordern den Zehnstundentag, 15 pCt. Lohnerhöhung und 33⅓ pCt. Aufschlag für Ueberstunden. Einige Meister haben bereits bewilligt.

Das Streikkomitee der Maurer Leipzigs ist thatsächlich verhaftet. Am Mittwoch Nachmittag wurde im Pantheon, wo sich das Streikbureau befindet, das Komiteemitglied Ornth verhaftet; zwei andere Mitglieder, die Maurer Jacob und Berthold, die nicht zugegen waren, wurden aufs Polizei-Amt bestellt und als sie dort ankamen, nahm man sie ebenfalls in Haft. Nur ein Komiteemitglied — der Maurer Beyer — befindet sich noch auf freiem Fuße. Ueber den Grund der Haupt- und Staatsaktion theilt das „Leipziger Tageblatt" mit: Die Komiteemitglieder werden von Maurern, die nicht am Streik betheiligt sind, beschuldigt, die zu ihrer Kenntniß gekommenen Ausschreitungen Streikender gegen Arbeitswillige geduldet und damit sich des Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung schuldig gemacht zu haben. Namentlich ein Fall, wobei ein hier zugereister Maurer, der hier in Arbeit treten wollte, im Pantheon, dem Hauptquartier der Streikenden, blutig geschlagen worden ist, soll die Verhaftung des Streikkomitees veranlaßt haben.

Die Antwort auf diese neueste Auslegung des § 153 der Gewerbe-Ordnung gab eine Maurerversammlung am Donnerstag, die den Kollegen Beyer beauftragte, den Streik zu leiten und sich zu seiner Unterstützung Personen zu suchen, und die die Fortsetzung des Streiks auf so lange beschloß, bis die Unternehmer nachgegeben haben.

Zuzug ist aufs strengste fernzuhalten!

Der Drechslerstreik in Eisenach betrifft die Werkstatt von Otto Niemann. Die Ausständigen fordern unter anderem menschenwürdige Behandlung, zehnstündige Arbeitszeit, 10 pCt. Lohnerhöhung, je eine halbstündige Frühstücks- und Vesperpause, Auszahlung des Lohns während der Arbeitszeit; bei flauem Geschäftsgang soll, um Entlassungen zu vermeiden, die Arbeitszeit verkürzt werden.

Aus Stuttgart. Nachdem die Tischlermeister die Absicht kundgegeben haben, am 1. September wieder die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, beschloß die Mitgliedschaft des Holzarbeiterverbandes, daß die Kollegen, denen eine Verlängerung der Arbeitszeit zugemuthet werden sollte, sofort die Arbeit einzustellen haben. Ferner werden diejenigen, die jetzt noch eine Arbeitszeit von mehr als 9½ Stunden haben, aufgefordert, sofort mit ihren Prinzipalen in Unterhandlung zu treten, um die 9½stündige Arbeitszeit einzuführen. In den Geschäften, welche die 9½stündige Arbeitszeit jetzt nicht einführen, soll im nächsten Frühjahr die Arbeit so lange eingestellt werden, bis diese Arbeitszeit bewilligt ist. Außer der verkürzten Arbeitszeit sollen auch die übrigen Forderungen, die den Gehilfen im vergangenen Jahre bewilligt wurden, allgemein durchgeführt werden, soweit dies noch nicht geschehen ist.

Die Glaser in Cannstatt bei Stuttgart kündigten in den Betrieben, wo noch die elfstündige Arbeitszeit und Kost und Logis beim Meister besteht. Gefordert wird Abschaffung dieses Branchs, ferner der Zehnstundentag und 25 pCt. Zuschlag für Ueberstunden. Die Forderungen waren am 27. Juli den Meistern in Form eines höflich gehaltenen Zirkulars zugestellt worden, mit Ausnahme eines einzigen Meisters, der die beiden ersten Forderungen schon früher bewilligt hatte, ging von keinem Meister eine Antwort ein.

Ausland.

Aus Prag wird der „Ostsee-Ztg." gemeldet, daß die 1800 deutschen Arbeiter der Weitzen'schen Waggonfabrik in den Ausstand getreten seien.

Die niederländischen Diamantarbeiter benutzen die jetzige gute Geschäftsperiode, um die Lehrlingsfrage zu regeln. Der „Allgemeine Niederländische Diamantarbeiter-Bund" wird einem in Antwerpen abzuhaltenden Kongreß bestimmte Vorschläge unterbreiten. Vorläufig hat der Bund seinen Mitgliedern aufgegeben, bis zum 5. September alle Lehrlinge und Laufjungen unter 14 Jahren zu entlassen. Allerdings ist das leitende Motiv hier nicht, den Kinderschutz zu fördern, sondern in erster Linie die Vermehrung der Arbeiterhände zu verhindern.

Ein großer Kampf ist soeben in England nach elfmonatiger Dauer zu Ende gegangen. Zwischen dem Lord Penrhyn, dem Besitzer großer Steinbrüche in Nord-Wales und seinen Arbeitern, die vor ca. 11 Monaten in den Streik traten, ist dieser Tage Frieden geschlossen worden. Die näheren Umstände dieses großen Kampfes werden wir unseren Lesern nochmals kurz vorführen, wenn auch die Friedensbedingungen bekannt sein werden. Diese sollen, wie „Daily Chronicle" mittheilt, erst einem Massenmeeting der Arbeiter, das in den nächsten Tagen stattfindet, unterbreitet werden.

Soziales.

Die Ankündigung, im Herzogthum Koburg-Gotha solle eine Fabrikinspektorin angestellt werden, wird vom „Volksblatt für Gotha" skeptisch aufgenommen. Es schreibt: „Uns ist von einer solchen Neuerung, die wir mit Freuden begrüßen würden, bis jetzt nichts bekannt und wir glauben auch nicht, daß eine solche seitens des Ministeriums geplant ist."

Wenn der Hecht im Karpfenteich fehlt. Die bürgerliche Presse wußte sich im Herbst v. J. vor Freude nicht zu lassen, als bei der Gemeinderathswahl in Apolda die Kandidaten unserer Partei unterlegen waren. Jetzt bieten die Stadtverordneten-Sitzungen das beschämende Schauspiel, daß wegen schlechten Besuchs derselben gegen die säumigen Vertreter der „Ordnungsparteien" Geldstrafen ausgesprochen werden müssen, was seit vielen Jahren nicht dagewesen ist.

Zum Kapitel: Konkurrenz der Militärmusiker liefert die Nummer 33 der deutschen „Musiker-Ztg." unter der Rubrik „Amtliches" folgenden charakteristischen Beitrag: „Leider mehren sich die Fälle von Konkurrenz seitens der Militärmusiker, und so geht uns aus Tamstadt die Nachricht zu, daß die Musiker des 94. Infanterie-Regiments aus Weimar vom 11. bis 14. Juli auf dem Schützenfest in Uniform gespielt und auf dem Festplatze mit dem Teller in der Hand Geld eingesammelt haben."

Der Norddeutsche Lloyd in Bremen hat den Zwischendeck-Fahrpreis nach Baltimore auf 120 M. ermäßigt. Dieser Preis tritt sofort in kraft. Die Zwischendeck-Fahrpreise betragen nun: Nach New-York: mit Schnellpostdampfer 160 M., mit Postdampfer 140 M.; nach Baltimore: mit Postdampfer 120 M, mit Roland-Dampfer 120 M.; nach Galveston: mit direktem Dampfer 140 M.

Ein Leichenverbrennungsofen ist dieser Tage in Jena seiner Bestimmung übergeben worden. Es bestehen nun Anstalten für Feuerbestattung in Gotha, Hamburg, Offenbach, Heidelberg und Jena. In Apolda soll ebenfalls ein Ofen errichtet werden.

Soziale Rechtspflege.

Mit übermäßig langer Arbeitszeit suchte der Kutscher W. es vor dem Gewerbegericht zu entschuldigen, daß er bei einer Nachttour auf dem Wagen des Bierverlegers Struck eingeschlafen war und dadurch einen größeren Schaden verursacht hatte. Er hatte Struck wegen Lohnrückstandes verklagt, den Beklagter gegen den Schaden aufrechnen wollte. Es handelte sich um 12 M. W. behauptete, er hätte zwei Nächte durchfahren und auch am Tage angestrengt arbeiten müssen. Das könne man nicht aushalten. Beklagter machte demgegenüber geltend, Kläger habe sich beim Engagement ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß er hin und wieder „nach außerhalb" fahre und die Nächte dazu benutze. Der Kläger vermochte dies nicht zu bestreiten. Er wurde von der Kammer VI des Gewerbegerichts abgewiesen. Unstreitig trage das Einschlafen des Klägers die Schuld daran, daß dem Beklagten ein höherer Schaden entstand, als W. selbst fordere. Diesen Schaden könne Beklagter aber unbedingt mit dem Arbeitslohn kompensiren. Die Ueberanstrengung entbinde den Kläger nicht davon, die einmal vertraglich eingegangenen Verpflichtungen ordnungsmäßig zu erfüllen. Beklagter habe mit recht die 12 M. zurückbehalten.

Zur Frage, was alles eine öffentliche, der obrigkeitlichen Genehmigung bedürftige Kollekte sei, hat das Kammergericht am 19. August abermals einen wichtigen Beitrag geliefert. In Memel, einer mit religiösen Sekten gesegneten Stadt, existirt auch ein sogenannter „Nazareth-Verein". Der Vorsitzende der Sekte, Kalweit, wurde nun von der Polizei und der Staatsanwaltschaft dafür haftbar gemacht, daß in dem Raume, wo die frommen Leute ihre religiösen Uebungen vornahmen, eine Sammelbüchse hing. Hierin sah man die Veranstaltung einer Kollekte, und zwar einer öffentlichen Kollekte, für die die Erlaubniß des Oberpräsidenten nöthig gewesen wäre. Den Charakter der Oeffentlichkeit leiteten die Behörden aus der Thatsache her, daß zuweilen auch Nichtmitglieder an den Sitzungen theilnahmen. Vorwiegend handelte es sich um die Theilnahme eines Mannes und seiner Tochter. Kalweit wurde in der Berufungsinstanz zu 10 M. verurtheilt. Die Büchse sei ausgehängt, damit kleine freiwillige Geldbeiträge hineingeworfen würden, also habe K. eine Sammlung veranstaltet. Durch die Theilnahme von Nichtmitgliedern sei aber jede Sitzung und damit auch die Sammlung eine öffentliche geworden. K. legte Revision ein und machte geltend, eine Sammlung freiwilliger Beiträge liege garnicht vor, es handele sich vielmehr um das Aufbringen einer Entschädigung für gewisse Leistungen; mit dem zusammengekommenen Gelde hätten die Wanderredner bezahlt werden sollen. Ferner sei es falsch, anzunehmen, daß die Betheiligung zweier Nichtmitglieder den Gebetraum zu einem öffentlichen Orte gestempelt hätte. Von öffentlichen Versammlungen könne hier gar nicht die Rede sein. Der Begriff solcher Versammlungen erfordere die Theilnahme eines unbegrenzten Personenkreises; der Besuch zweier Gäste lasse sich so aber nicht ausdeuten. Sowohl der Begriff der Kollekte, wie der der Oeffentlichkeit sei verkannt. Der Strafsenat des Kammergerichts wies jedoch die Revision mit folgender Begründung zurück. Die in Frage kommende Oberpräsidial-Verordnung vom 12. April 1877 sei ohne Rechtsirrthum angewendet worden. In dem Aufstellen des Gefäßes liege eine Aufforderung zu freiwilligen Beiträgen. Eine öffentliche Kollekte liege aber deswegen vor, weil die Sammlung in öffentlichen Versammlungen erfolgte. Nicht nur Mitglieder seien dagewesen, sondern auch Gäste; hiermit sei der Begriff der Oeffentlichkeit erfüllt worden. — — Nach dieser Entscheidung genügt also schon die Theilnahme zweier Nichtmitglieder, die Versammlung eines Vereins zu einer öffentlichen zu machen.

Versammlungen.

Vom sozialdemokratischen Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis war zu Dienstag Abend eine öffentliche Versammlung in Bickel's Lokal, Hasenhaide, einberufen, in der Genosse F. Ewald über „Die Fortschritte der Arbeiterbewegung seit Erlaß des Sozialistengesetzes" referirte. Redner gab eingangs eine Reminiscenz der politischen Aktionen des Kanzlers Bismarck vor Erlaß des Sozialistengesetzes, dabei die Attentate von Hödel und Nobiling die für Bismarck und seine Steuerpläne so unabwendbar nöthigen Ereignisse fixirend, wobei er gleichfalls die Charaktere der Attentäter beleuchtete, welche bürgerliche Organe gern als Schützlinge der Sozialdemokratie bezeichnen, trotzdem letztere nicht im geringsten mit diesen in Verbindung zu bringen sei. Die außerordentliche Rührigkeit der Polizeibehörde während des Ausnahmegesetzes, wobei es an den nothwendigen Schlappen durch eigene Unbeholfenheit und Unkenntniß derselben nicht gefehlt habe, haben, wie ja alle Gewaltsaktionen gegen die Arbeiterbewegung, nur zu deren Stärkung beigetragen. Redner läßt nunmehr die Pauschalzahlen der an den einzelnen Reichstagswahlen für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen folgen. Auch die erneuten Polizeimaßnahmen, wie sie unter dem Zickzack-Kurs in erhöhtem Maße zu verzeichnen sind, seien für die weitere Ausdehnung und Fortpflanzung der Ideen des Sozialismus wirksam. In der Diskussion stimmte Genosse Zubeil den Ausführungen des Redners bei, bemängelt aber, daß der gewerkschaftlichen Bewegung nicht die nothwendige Anerkennung und Beachtung in dem Referat zu theil wurde. Nachdem Zubeil sich in längeren Ausführungen über diese verbreitet, betont Ewald in seinem Schlußworte, daß er nach wie vor die Bewegung der Gewerkschaften gleich der politischen achten werde, jedoch sei es unmöglich, in so kurz bemessener Zeit zu aller Zufriedenheit derartige Themas zu behandeln. Hierauf trat Schluß der Versammlung ein.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Donnerstag bei Buske, Grenadierstraße, seine Mitgliederversammlung ab, in der Gen. G. Wagner über: „Industrielle Entwickelung und Arbeiterkämpfe" referirte. Eine Diskussion über den interessanten, beifällig aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. An stelle des Genossen Drescher, der aus dem 5. Kreis verzogen und deshalb sein Amt niedergelegt hatte, wurde der Genosse Butziger als Hilfsmann gewählt und statt dessen der Genosse Riedel zum zweiten Kassirer bestimmt. Seitens des Vorstandes wurde das Restaurant von Röllig, Rosenthalerstr. 12, als Verkehrslokal für den fünften Kreis, in welchem sich die Parteigenossen in ungezwungener Weise nebst ihren Familien zum geselligen Verkehr treffen können, in Vorschlag gebracht und der Vorschlag vom Gen. Sassenbach befürwortet. Einwände seitens der Versammlung wurden dagegen nicht geltend gemacht. Nach kurzer Diskussion beschloß die Versammlung, das Mitglied, den Handelsmann R. Haupt, weil er sich Unreellitäten hat zu schulden kommen lassen, aus dem Verein auszuschließen. Wie mitgetheilt wurde, ist der Ausschluß des R. Haupt aus der „Freien Vereinigung der Händler" aus einem ähnlichen Grunde erfolgt. Nachdem der Vorsitzende noch bekannt gegeben hatte, daß die nächste Versammlung des Wahlvereins, in der voraussichtlich die Arbeiterschutz-Gesetzgebung erörtert werden wird, am 9. September bei Röllig, Rosenthalerstraße, stattfindet und zum regen Besuch eingeladen, erfolgte der Schluß der gut besuchten Versammlung.

Eine Arbeitsordnung für Buchbindereien, die am 1. September eingeführt werden soll, hatten die Unternehmer schon vor

einiger Zeit bekannt gegeben. Die Arbeiter hatten jedoch Bedenken gegen verschiedene Bestimmungen der Arbeitsordnung. Sie haben daher eine Kommission gewählt und dieselbe beauftragt, mit den Unternehmern über eine Aenderung der betreffenden Punkte zu unterhandeln. In einer am Donnerstag abgehaltenen Versammlung der in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen berichtete Bitomski namens der Kommission, daß es derselben gelungen sei, eine wesentliche Verbesserung aller derjenigen Bestimmungen herbeizuführen, an denen die Arbeiter Anstoß genommen haben. Der am heftigsten angefochtene Passus der ursprünglichen Arbeitsordnung, wonach eine elfstündige Arbeitszeit festgelegt werden sollte, sei gefallen und statt dessen die Bestimmung aufgenommen, daß die regelmäßige tägliche Arbeitszeit 9 Stunden betrage, in dringenden Fällen jedoch um 2 Stunden verlängert werden könne, die aber besonders bezahlt werden sollen. Da somit die jetzige Fassung der Arbeitsordnung den Wünschen der Arbeiter nach Möglichkeit Rechnung trage und weitere Aenderungen nicht mehr zu erwarten seien, so empfehle die Kommission die Annahme der Arbeitsordnung. Mehrere Diskussionsredner waren entgegengesetzter Meinung. Sie hielten auch die abgeänderte Fassung für so arbeiterfeindlich, daß man derselben nicht zustimmen könne. Bergmann gab zu bedenken, daß man es wegen der Arbeitsordnung nicht auf einen Kampf ankommen lassen könne, dazu sei die Organisation, die nach dem vorjährigen Streik bedeutend zurückgegangen sei, zu schwach. Andere Redner erklärten diese Darstellung Bergmann's für übertrieben. Die Versammlung beschloß auf Antrag Schneider's, über die vorliegende Arbeitsordnung zur Tagesordnung überzugehen.

Der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter hielt am 12. d. M. eine Versammlung ab, in welcher Dr. Joel mit großem Beifall über den „Nordpol" referirte. Diskussion fand nicht statt. Der Kassenbericht ergab, daß im vergangenen Quartal der Einnahme von 329,88 M. eine Ausgabe von 229,75 M. gegenüberstand. Dem Kassirer wird Decharge ertheilt. — Beschlossen wird, den Streikenden der Bergedorfer Stuhlrohr-Fabrik 20 M. zu überweisen. Ferner wird der Vorstand beauftragt, ein größeres Lokal zu miethen.

Im Verband der Vergolder wurde in der letzten Versammlung Abrechnung gelegt vom zweiten Quartal. Nach dieser war eine Einnahme von 786,80 M. und eine Ausgabe von 222,20 M. zu verzeichnen. An die Hauptkasse wurden abgeliefert 454,58 M., bleibt ein Bestand von 59,52 M. Bestand vom ersten Quartal 1029,41 M., somit ein Gesammtbestand von 1088,93 M. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit des Berichtes und wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. Zum Punkt: „Stellungnahme zur General-Versammlung" soll die Arbeitslosen-Unterstützung aufs Programm gesetzt werden und in der nächsten Versammlung ein Vortrag über letztere gehalten werden. Unter Verschiedenem wurde der Streik der Vergolderinnen der Firma Adolf Werkmeister einer Kritik unterzogen. Es ist die Aussicht vorhanden, daß infolge des hartnäckigen Widerstandes vom Fabrikanten der Streik noch lange fortdauert; es soll eine öffentliche Versammlung einberufen werden, um durch die Solidarität aller Vergolderinnen ein günstiges Resultat zu erzielen. Ferner beschloß die Versammlung, die Veranstaltung für die im Herbst stattfindende Matinee dem Vorstand zu überlassen. Zum Schluß wurde die mangelhafte Ablieferung der Fragebogen gerügt.

Die in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter hielten am 15. d. Mts. eine Mitgliederversammlung in Weißensee ab, zu welcher Kopmann das Referat übernommen hatte. Der Vortrag behandelte die Arbeiterorganisationen und deren Kampf gegen das Unternehmerthum, und wurde beifällig aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt, es wurde daher zum 3. Punkt der Tagesordnung übergegangen. Zunächst kam ein Schreiben des Hauptvorstandes zur Verlesung, nach welchem in Bremen bei einer Firma ein Ausstand ausgebrochen ist; zur Unterstützung der Ausständigen sind Sammellisten ausgegeben. Auf Antrag Kamrad's, an seiner Stelle einen neuen Kassirer für die Weißenseer Zahlstelle zu wählen, wurde Hinze als erster, Kamrad als zweiter Kassirer gewählt.

Am 17. d. M. hielt die Filiale ihre regelmäßige Mitgliederversammlung in der Bergstraße ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referirte Genosse Hoffmann über „Glaube und Vernunft"; der hochinteressante Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen, jedoch nicht diskutirt. Zum dritten Punkt machte der Vorsitzende bekannt, daß sich die Filiale in Oderberg aufgelöst hat. Eine längere Debatte entspann sich über den Ausstand bei Hellmich in der Bergstraße. Dort haben die Kollegen wegen Differenzen vor ca. zwei Wochen die Arbeit niedergelegt; bald fanden sich jedoch mehrere Indifferente, welche ihre Stellen besetzten, ein trauriges Zeichen, daß noch viele der Aufklärung bedürftig sind. Der Zuzug ist nach wie vor fernzuhalten. Ueber die Verlegung des Verkehrslokals und Arbeitsnachweises wurde ebenfalls längere Zeit debattirt, die Regelung dieser Angelegenheiten jedoch dem Vorstand anheimgestellt. Darauf verlas der Kassirer die Neuanschaffungen für die Bibliothek. Ein Antrag Kaschubowski, dem Vertrauensmann 100 M. zu überweisen, wurde angenommen. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende die Anwesenden um zahlreiche Betheiligung bei dem am 4. September stattfindenden Stiftungsfest. Billets werden vom Kassirer ausgegeben. Die Kollegen werden ersucht, sobald wie möglich mit den Beiträgen abzurechnen und die neuen Mitgliedsbücher in Empfang zu nehmen.

Die Modell- und Fabriktischler (D. H.-B.) hielten am Montag, den 16. August, im Vorstädtischen Kasino, Ackerstr. 144, eine Branchen-Versammlung ab, in welcher Dr. Weyl über die Verkürzung der Arbeitszeit in gesundheitlicher Beziehung referirte. Dr. Weyl führte aus, daß durch Verkürzung der Arbeitszeit die Zahl der an Berufskrankheiten Erkrankten ganz bedeutend zurückgehe. Durch lange Arbeitszeit würde der Konsum von Alkohol bedeutend gesteigert, denn die Arbeiter könnten ohne Reizmittel garnicht so lange bei der Arbeit aushalten, und griffen infolge dessen zum Schnaps. Dieser ist aber gesundheitsschädlich, denn da er nicht nur ein Reizmittel, sondern auch ein Hungerstiller ist, wirkt er nachtheilig auf die Ernährung des Menschen. Unter Verbandsangelegenheiten wird das Verhalten der Berufskollegen von den Allgemeinen Elektrizitätswerken gerügt.

In der außerordentlichen General-Versammlung des Vereins der Arbeiter in der chirurgischen Branche vom 17. d. M. wurde über den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband verhandelt. Haller gab einen kurzen Bericht der Kommission, welche zur Erledigung der Vorarbeiten betraut worden war. Litfin berichtete, daß der Hauptvorstand mit allen Schritten der Berliner Verwaltungsstelle einverstanden sei, nur müsse der Uebertritt bis zum 1. Okt. vollzogen sein. Der Uebertritt wurde hierauf mit 66 gegen 28 Stimmen beschlossen. Angenommen wurde folgende Resolution: Die außerordentliche Generalversammlung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Arbeiter beschließt den Fachverein zum 1. September aufzulösen und zum 1. Oktober dieses Jahres mit sämmtlichen Aktiven und Passiven dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten. Zum Schluß wurden Brückner, Leck und Heller zur Liquidationskommission gewählt.

Die in der Schraubenfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am Dienstag, den 17. d. M., eine Versammlung im Louisenstädtischen Konzerthaus ab, in welcher der Vertrauensmann über seine letztjährige Thätigkeit Bericht erstattete. Darnach betrugen die Einnahmen vom 1. April 96 bis 1. August 97 für Unterstützungsmarken à 10 und 50 Pf. 5567 M. 1 Pf., wovon 242 M. auf Listen für die dänischen Metallarbeiter gesammelt sind. Nachdem besonders auf die Interessenlosigkeit einzelner Kollegen hingewiesen wurde, ermahnte der Vertrauensmann zur weiteren Agitation und Aufklärung unter den Kollegen. Hierauf legte derselbe sein Amt nieder und wurde an seiner Stelle einstimmig Fellenberg, Sorauerstraße 8 bei Albrecht, gewählt. Zum nächsten Punkt hielt Frau Rohrlack einen interessanten Vortrag über „Frauenarbeit in der Großindustrie", welcher von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion wies Hirsch auf die fortwährende Zunahme der Frauenarbeit in der Schraubendreherbranche hin und forderte die Frauen und Mädchen auf, treue Anhänger des Verbandes zu werden, um so vereint gegen die Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital Front machen zu können. Zum Schluß wurde ein Antrag, mindestens alle Vierteljahr eine Branchenversammlung abzuhalten, von der Versammlung angenommen und vom Vorsitzenden zur regen Betheiligung aufgefordert.

Die Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker hielt am 17. August ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Dem Antrag des Vorstandes, zur Entlastung der Vereinskasse einen Unterstützungsfonds für besondere Nothfälle zu gründen, wurde zugestimmt. Ueber den Punkt der Tagesordnung: „Wie denken die Mitglieder über eine Krankenunterstützung?" referirte Hoch, welcher darauf hinwies, daß die Musiker nicht wie die Industrie-Arbeiter unter die Zwangsversicherung gebracht worden sind, weil sie einestheils künstlerisch thätig sind und weil man bei denselben keine direkten Arbeitgeber und somit kein bestimmtes Arbeitsverhältniß konstruiren konnte. Nach der Zwangsversicherung werden die Musiker nicht verlangen, der nichtversicherungspflichtigen Konkurrenz (Militärmusiker und Beamte) wegen. Um der Nothlage bei Krankheitsfällen zu entgehen, müssen wir uns freiwillig versichern; die Krankenversicherung in Verbindung mit der Gewerkschaft wäre ein mächtiger Halt für dieselbe. Die Versammlung nahm den Vorschlag an und beauftragte den Vorstand, nähere Erkundigungen einzuziehen und das Statut auszuarbeiten. Auf die Beschwerde des Rauchklubs „Ohne Zwang" erklärte die Versammlung: Da nach der Verfrommungs-Verordnung vom 10. Oktober 1896 Sonntags vormittags zwischen 10—12 Uhr nicht musizirt werden darf, trifft die Musiker keine Schuld, weil sie sich dessen weigerten; die Polizeistrafe, im Widerholungsfalle erhöhte Strafe, trifft nur die Ausübenden, also die Musiker.

Die Mechaniker und Uhrmacher hielten am 17. ds. Mts. im Feuerstein'schen Lokale eine namentlich von ersteren sehr schwach besuchte öffentliche Versammlung ab. Genosse Maffatsch hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die Heiligkeit der Familie und die Stellung der Frau". Eine Diskussion fand nicht statt. Alsdann erstattete Räther den Bericht über den Unterstützungsfonds der Uhrmacher. Es ist ein Bestand von 148 M. vorhanden, welcher dem öffentlichen Fonds der Berliner Metallarbeiter überwiesen wird. Im Anschluß hieran theilt Räther mit, daß die Agitation unter den Uhrmachern in letzterer Zeit fast gänzlich geruht hat, daß es jedoch Zeit sei, dieselbe jetzt wieder einmal aufzunehmen, da augenblicklich in den Kleinbetrieben ca. 350 Gehilfen vorhanden seien, welche, abgesehen von einem winzigen Bruchtheil, gar keiner Organisation angehören. Von verschiedenen Rednern wird betont, daß eine Agitation nur dann auf Erfolg rechnen könne, wenn wieder wie früher regelmäßig Branchenversammlungen für die Uhrmacher stattfänden. Die Sache soll später geregelt werden. Als Vertrauensmann der Uhrmacher wird Lüderitz gewählt. Schwarz (Mechaniker) hält eine Stellungnahme zu dem Submissionswesen für dringend nöthig, da dasselbe allein die periodische Arbeitslosigkeit unter den Mechanikern verschulde. Räther theilt mit, daß an die Werkstatt-Vertrauensleute Fragebogen über die Werkstatt-Verhältnisse ausgegeben werden. Weiter fordert derselbe namentlich die Mechaniker zu regerer Betheiligung an den öffentlichen Sammlungen auf.

In einer öffentlichen Kartonarbeiter-Versammlung am 17. August bei Feuerstein referirte unter Beifall der leider wenig zahlreichen Zuhörerschaft der Berufskollege Jost über Zweck und Ziele der Arbeiterorganisation. Er bedauerte ein sehr merkliches Zurückgehen der Mitgliederzahl in der Organisation seit der letzten Lohnbewegung, und konstatirte ein theilweises Zurückziehen der errungenen Forderungen seitens der Unternehmer. Die hieranschließende rege Diskussion bewegte sich im Rahmen des Referats, und forderten sämmtliche Redner und Rednerinnen einschließlich des Referenten zum Anschluß respektive Wiedereintritt in die Organisation auf. Zum gewerkschaftlichen Punkt wurde lebhaft Klage geführt über die Firmen Beck, Gerson, Regge, Neumann, Jakobsohn, Redel und Erdmann. Theils handelte sich's um Ueberstundenarbeit, um die Umgehung der gesetzlichen Pausen, um sanitäre Mißstände und um Lohnverhältnisse. Die Redner zu diesem Punkt sprachen die Nothwendigkeit einer nochmaligen Lohnbewegung, hauptsächlich aber um Verkürzung der Arbeitszeit aus. Dazu sei aber eine kräftige Organisation nöthig. Festgestellt wurde noch, daß in der Kartonbranche gegenwärtig die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot übersteige. Zum Schlusse wurde bekannt gegeben, daß Billets zur Besichtigung des Treptower Riesen-Fernrohrs à 80 Pf. im Bureau Annenstr. 50 zu haben seien.

Die Steinbildhauer hielten am Mittwoch im Restaurant Zölz eine öffentliche Versammlung ab. Der erste Punkt der Tagesordnung wurde durch einen beifällig aufgenommenen Vortrag Timm's ausgefüllt, welcher die historische Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation behandelte. Im Anschluß hieran wurde eine eingehende Diskussion über die gegenwärtige Lage der Berliner Steinbildhauer vorgenommen. Winkler schildert das Ergebniß einer bei 11 Firmen vorgenommenen statistischen Aufnahme, nach welcher sich die Konjunktur, wie die Arbeitsverhältnisse der Steinbildhauer gegen die im Vorjahre bedeutend verschlechtert habe. Besonders beklagenswerth sei, daß die Hälfte der gegenwärtig anwesenden Steinbildhauer der Organisation fernstehe und dadurch der Willkür der Prinzipale Thür und Thor geöffnet sei. Es gelte die frühere Stellung in den ersten Reihen der gewerkschaftlichen Kampforganisationen wieder zu erobern. Die Debatte bestätigte die vorgetragenen Mißstände durchaus und bezeichneten sämmtliche Redner diese Zustände als unhaltbar. Die jetzt auf den Plätzen übliche Arbeitsweise erinnere lebhaft an die der Zuchthäuser und könne nur durch engen Zusammenschluß der Kollegen und energischen Widerstand beseitigt werden. Die vorgeschlagenen Mittel zur Abhilfe der vorhandenen Mißstände werden am Schluß der Versammlung in folgender Resolution festgelegt: Die heutige Versammlung erklärt, daß der erste Schritt zur Aufbesserung unserer Arbeitsverhältnisse im Anschluß aller Steinbildhauer an den Zentralverein der Bildhauer liegt und der Bethätigung der Kollegen an den Bestrebungen desselben. Die Versammlung erklärt es ferner für nöthig, ungesäumt eine energische Kleinagitation in Form von Platz- und Branchenversammlungen 2c. vorzunehmen, um die Steinbildhauer-Bewegung wieder auf dieselbe Höhe zu bringen wie früher und dadurch auch unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Die Maurer hielten am Mittwoch zwei öffentliche Versammlungen ab. Die eine fand im Gründel'schen Saale in der Brunnenstraße, die andere in der Bülowstraße im Lokale „Königshof" statt. Beide Versammlungen waren gut besucht. Die Referenten beleuchteten die gegenwärtige Lage im Maurergewerbe und setzten auseinander, daß die zur Zeit befolgte Taktik des Einzelkampfes, der Bausperre unter den gegenwärtigen Umständen das geeignetste Mittel zur Durchführung beziehungsweise Erhaltung der Forderungen der Arbeiter sei. Die „Baugewerks-Zeitung" bemühe sich zwar, den Maurerstreik als einen verlorenen zu erklären, jedoch würden wohl diejenigen Unternehmer, welche durch Bausperre zur Anerkennung der Forderungen gezwungen wurden, entgegengesetzter Meinung sein. Die Arbeiter müßten nur darauf achten, daß Bausperren nicht leichtfertig und wegen unbedeutender Ursachen veranlaßt würden, sondern daß diese Kampfmethode nur da angewandt werde, wo das zu erreichende Ziel des Kampfes werth sei. Im ähnlichen Sinne sprachen sich auch die Diskussionsredner aus. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Eine öffentliche Versammlung der Schmiede, welche am 18. d. Mts. im Englischen Garten tagte, beschäftigte sich mit der Frage: Wie können die Berliner Schmiede den Neunstundentag erringen? Das einleitende Referat hielt Rohrlack, welcher darauf hinwies, daß die Schmiede im Falle einer Bewegung außer der Festigung der eigenen Organisation auch mit den Arbeitern der verwandten Berufe enge Fühlung suchen müssen. In der Diskussion befürworteten sämmtliche Redner die Nothwendigkeit des Neunstundentages und sollen die kommenden Monate dazu benutzt werden, die Vorbedingungen für eine im Frühjahr zu inszenirende Bewegung zu schaffen. Als Vertrauensmann wird Langer gewählt, zum Stellvertreter desselben Zehner. Auch wird beschlossen, Agitationsmarken à 10 Pf. in Umlauf zu setzen. — Zum Schluß wurde noch mitgetheilt, daß die Vereinigung für den 19. September die „Urania" belegt habe.

Der Allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnenverein beschloß, demnächst eine Generalversammlung einzuberufen, in der über die obligatorische Einführung der „Einigkeit" berathen werden soll.

Friedrichsberg. Am 18. August fand hier eine öffentliche Versammlung der Zimmerer statt, welche nur schwach besucht war. Webers aus Berlin besprach eingehend den Stand der jetzigen Bewegung und legte klar, wie verschiedene Meister schon versucht hätten, den Lohn von 60 auf 55 Pf. herabzudrücken, sie wären aber durch das einmüthige Vorgehen der Zimmerer gezwungen, den Lohn von 60 Pf. wieder zu zahlen. Er ermahnte die Anwesenden, an den Beschlüssen der Berliner festzuhalten. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute am 18. August bei Moser tagende öffentliche Versammlung der Zimmerer von Friedrichsberg und Umgegend erklärt sich mit den von Berlin gefaßten Beschlüssen vollständig einverstanden. Ferner verpflichten sich die Anwesenden, pro Woche 1 M. zum Streikfonds beizusteuern, um den noch im Kampfe Befindlichen zum Siege zu verhelfen." Hierauf wurde über den Vertrauensmann W. Schöning diskutirt. Es betheiligten sich verschiedene Redner daran und fand folgender Antrag Annahme: „Da Schöning trotz mehrmaliger Aufforderung, Rechenschaft über seine Thätigkeit als Vertrauensmann abzulegen, nicht erschien, ebenso wenig die eingegangenen Gelder zum Streikfonds der Zimmerer von Berlin und Umgegend abgeliefert hat, so wird er auf Beschluß der öffentlichen Versammlung seines Amtes als Vertrauensmann enthoben und zu gleicher Zeit aus dem Verbande ausgeschlossen."

Depeschen und letzte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 20. August. (W. H.) Die „Frankf. Ztg." schreibt: Die Führer der drei Fraktionen, Demokraten, Fortschrittler und Nationalliberalen, beantragten bei der Stadtverordneten-Versammlung die Bewilligung von 50 000 M. aus städtischen Mitteln für die Opfer der Wasser- und Hagel-Katastrophe in Nord- und Süddeutschland. Der Magistrat, der aus prinzipiellen Gründen in dieser Angelegenheit nicht die Initiative ergreifen wollte, hat, dem Vernehmen nach, sich bereit erklärt, dem Antrage zuzustimmen.

Straßburg i. Els., 20. August. („Frankf. Ztg.") Der seit mehreren Jahren in Dambach wohnhafte französische Staatsangehörige Erard wurde aus Elsaß-Lothringen, wie vermuthet wird, aus politischen Gründen, ausgewiesen.

Wien, 20. August. (W. T. B.) Dem „Wiener k. k. Telegr.-Korresp.-Bureau" wird aus Konstantinopel gemeldet: In dem Kohlenbergwerke Herdikie am Schwarzen Meere fand eine große Schlägerei zwischen Kurden und Montenegrinern statt, der viele Personen zum Opfer fielen. Der Gouverneur ließ eine große Anzahl von Montenegrinern zu Schiff nach Konstantinopel bringen.

Wien, 20. August. („Frankf. Ztg.") Durch befriedigende Erklärungen Stanciow's wurde die bulgarische Differenz bereits beigelegt.

Wien, 20. August. (W. H.) In unterrichteten Kreisen verlautet, Graf Oswald Thun werde als Vertreter des deutsch-böhmischen Großgrundbesitzes die Einladung des Grafen Badeni zu den Ausgleichsverhandlungen zustimmend beantworten.

Wien, 20. August. (W. T. B.) Ueber die gestrigen Vorgänge in Pilsen verlautet hier authentisch: Ein deutscher Student der Medizin namens Hartmann, Israelit, schlug den böhmischen Studenten Schmidt, welcher mit anderen Personen am Ringplatze stand, gestern Abend mit einem Stock. Schmidt behauptet, er habe über das Trikolore-Band, welches Hartmann trug, gelächelt, worauf dieser ihn mit dem Stocke schlug. Hartmann behauptet, drei bis vier Personen wollten ihm das Band entreißen, weshalb er sich mit dem Stocke vertheidigt habe. Hartmann versteckte sich in der Apotheke, vor welcher sich sofort eine Menschenmenge ansammelte und wartete, bis die Polizei Hartmann herausbrachte. Die Polizei, welche selbst mißhandelt wurde, vermochte Hartmann nur mit Mühe zu schützen und brachte ihn auf das Rathhaus. Auf der Straße wiederholten sich die Ausschreitungen, die hauptsächlich gegen Israeliten gerichtet waren. Auch in mehreren anderen Straßen sammelten sich Menschenmengen an; von der Reichsstraße zog ein großer Trupp nach der Ressource und nach dem Deutschen Haus. Der Leiter der Bezirkshauptmannschaft requirirte hierauf eine Kompagnie Soldaten, welche die Straßen räumte beziehungsweise absperrte. Nach 9 Uhr abends trat Ruhe ein, wozu der Regen viel beitrug. In der Staats-Realschule, in der Synagoge und in einigen kleineren Wirthshäusern, welche Israeliten gehören, sind die Fensterscheiben eingeschlagen worden. Gegen eine Wiederholung der Ausschreitungen sind umfassende Vorkehrungsmaßregeln getroffen.

Prag, 20. August. (W. T. B.) Eine gestern stattgehabte Versammlung des Vereins „Narodni Obrna" zur Besprechung der Lage der böhmischen Minderheiten verlief Anfangs gesetzmäßig. Die gehaltenen Reden und die Resolutionen gaben dem Regierungsvertreter keinen Anlaß zum Einschreiten. Später wurde jedoch nach heftigen Angriffen des Bergmanns Pytzar die Versammlung aufgelöst und der Saal durch die Polizei geräumt. Ein großer Theil der Versammelten durchzog singend die Ferdinandstraße und wurde durch Polizeimannschaften zerstreut, wobei zwei Personen verhaftet wurden.

Freiburg (Schweiz), 20. August. (W. T. B.) Der vierte internationale wissenschaftliche Katholikenkongreß wurde heute Vormittag von dem Vorsitzenden Prof. Frhr. von Hertling aus München mit einer Ansprache geschlossen.

London, 20. August. (W. T. B.) Der Kreuzer 2. Kl. „Phaeton" ist in der Nacht mit dem Torpedojäger „Thrasher", 50 Meilen von Plymouth entfernt, zusammengestoßen. „Thrasher" hat sehr ernste Beschädigungen erlitten, denn sein ganzes Vordertheil ist vollständig Wrack geworden. Ein Mann wurde über Bord geschleudert und ertrank. Der Kreuzer hat keine nennenswerthen Beschädigungen erlitten.

Stockholm, 20. August. (W. T. B.) Der internationale Stenographen-Kongreß wurde heute geschlossen, nachdem eine Reihe weiterer fachmännischer Vorträge gehalten worden waren. Der nächste Kongreß findet im Jahre 1900 in Paris statt.

Vergara, 20. August. (W. T. B.) Die hiesige Polizei hat einen italienischen Anarchisten Namens Giuseppe Rossi verhaftet. Derselbe wurde von den Polizeibehörden Frankreichs, Italiens und Spaniens gesucht.

Konstantinopel, 20. Aug. („Frankf. Ztg.") In diplomatischen Kreisen wird mit Bestimmtheit versichert, Herr v. Nelidow habe die Pforte wissen lassen, daß Rußland keinerlei direkte Abmachungen zwischen Bulgarien und der Türkei, welche ohne sein Vorwissen getroffen werden, anerkenne.

Konstantinopel, 20. August. (W. H.) Der armenische Advokat Papasoglu wurde bei der Militärschule in Pancaldi von Soldaten schwer verwundet und beraubt. Ein Artillerist tödtete einen griechischen Kaufmann, der seine Frau vor den Insulten der Soldaten schützen wollte. Die Regierung hat den Befehl erlassen, sämmtliche bei der Armee in Kleinasien befindlichen christlichen Aerzte und Apotheker zu entlassen und durch Mohamedaner zu ersetzen.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage.

Literarische Rundschau.

Bellamy: Equality. London 1897 bei W. Heinemann. 365 S.

Vor wenigen Wochen ist, in Deutschland bisher noch kaum beachtet, eine Fortsetzung und Ergänzung des „Rückblick aus dem Jahre 2000" erschienen. Der neue Bellamy'sche Roman, an Umfang bedeutend stärker als das erste, vor nun etwa 9 Jahren publizirte Buch, nennt sich: Equality, Gleichheit. Die utopistischen Schilderungen des „Rückblick" werden variirt und breiter ausgesponnen, das Neue, das der Verfasser hier hinzugethan, ist vor allem eine mehr im Detail ausgearbeitete Kritik der im Konkurrenzsysteme enthaltenen Widersprüche und eine kurze Skizzirung der Uebergangsepoche, die nach des Verfassers Meinung aus der bürgerlich-kapitalistischen Wirthschaftsorganisation zu der von ihm geschilderten sozialistischen Produktionsweise hinüberführen wird. Der unvergleichliche Erfolg des „Rückblick" — innerhalb zweier Jahre nach dem Erscheinen waren bereits über 300 000 Exemplare des amerikanischen Originals und 27 Auflagen des englischen Nachdruckes abgesetzt — macht es verständlich, daß der Verfasser in dem Wunsche, seine Ideen in die breitesten Massen hineinzutragen, an die Form und die Voraussetzungen des „Rückblick" angeknüpft hat, daß er uns wiederum den Dr. West, den jungen, 1887 in magnetischen Schlaf versetzten und im Jahre 2000 aus einem verschütteten Kellergewölbe ausgegrabenen und zu neuem Leben erweckten amerikanischen Millionär vorführt, und uns durch seine Erlebnisse und Gespräche ein Bild der zukünftigen Gesellschaft zu geben sucht.

Um vieles interessanter wäre es freilich gewesen, wenn der Autor, da er dem von ihm im Rückblick gezeichneten Zukunftsbild nichts eigentlich Wesentliches hier mehr hinzuzufügen vermag, mit der alten Form überhaupt gebrochen und seine neue Utopie aus dem Jahre 2000 in die Uebergangsepoche, also nach seiner Rechnung vielleicht in die erste Hälfte des nächsten Jahrhunderts hineinverlegt hätte. Denn daß der einmal in den Sattel gehobene Sozialismus auch die Kraft haben würde sich zu behaupten, das ist leicht einzusehen. Er würde dasselbe Beharrungsvermögen wie jedes andere wirthschaftliche System aus sich heraus entwickeln, und oft genug ist darauf hingewiesen, daß er, so lange der private Erwerbsegoismus als wirksamer Arbeitsantrieb nicht entbehrt werden kann, diese in der gegenwärtigen Konkurrenzwirthschaft ungebunden herrschende Kraft seinen Zwecken sehr wohl dienstbar zu machen vermöchte. Nichts hindert, daß der von der Gesellschaft den einzelnen Arbeitern gewährleistete Entgelt auch bei sozialistischer Organisation den Leistungen der Einzelnen, etwa nach der Art des heutigen Akkordlohnes angepaßt werden und daß so in ähnlicher Weise wie heute bei der Produktion mit dem Egoismus der Einzelnen gerechnet werden könnte. Nicht die absolute Gleichheit der Genüsse, nur die Unmöglichkeit, die Mittel der Produktion zu Ausbeutungszwecken wieder in Privatbesitz zu bringen, gehört zu dem Begriffe einer sozialistischen Gesellschaft. Ebenso wenig ist abzusehen, warum, wenn erst die kunstvoll verschlungene Riesenverwaltung, ohne die eine gesellschaftliche Leitung der Produktion nicht denkbar ist, einmal geschaffen und etablirt ist, warum diese dann nicht ruhig weiter funktioniren sollte?

Nicht in dem Fortbestande der einmal gewonnenen Organisation, in der Gewinnung derselben liegt die eigentliche Schwierigkeit. Weit ausgedehnte demokratische Verstaatlichung der zu Kartellen zusammengeschlossenen Betriebe, radikaler Arbeiterschutz, staatliche Unterstützung der von den Arbeitern zur Hebung ihrer Existenz geschaffenen Organisationen, wie der Gewerk- und der Konsumvereine — alles das und vieles andere ist eine Frage der politischen Macht, alles das kann, wenn die Arbeiterklasse die politische Gewalt erobert, dekretirt und durchgeführt werden. Aber alles das ist schließlich nur eine Einschränkung und (bei demokratischer Verstaatlichung) theilweise Aufhebung kapitalistischer Ausbeutung im Rahmen der Waarenproduktion. Die Produktion bliebe anarchisch, d. h. abhängig von aller Zufälligkeit des ungeregelten Marktes, Kauf und Verkauf wären ihre nothwendigen Bindeglieder, und die vom Staat etwa übernommenen Industrien würden von dieser allgemeinen Regel keine Ausnahmen machen.

Nach wie vor wäre die Grundlage des allgemeinen Wirthschaftsprozesses die Erzeugung von Mehrwerth für die Besitzer der Produktionsmittel und ihre Hintermänner, denn eine für den Verkauf arbeitende über den Umfang des einfachen Handwerks hinausgehende Produktion schließt — wenn man nicht etwa an die Arbeiterassoziationen der Hertzka'schen Freilandutopie*) glaubt — den Gegensatz von Geldbesitzern, die Unternehmer, und von Nichtgeldbesitzern, die Arbeiter werden, und damit die Nothwendigkeit des Profites, durch den die Geldbesitzer allein zu produktiven Unternehmungen anzureizen sind, naturgemäß ein. Profit aber, ebenso wie die anderen Formen des aus Geldbesitz resultirenden Einkommens sind ebensoviel Abzüge an dem durch produktive Arbeit erzeugten Reichthume, und basiren im Grunde auf der Aneignung von Mehrarbeit, auf Ausbeutung der in der Produktion thätigen Arbeitskräfte. Der Sozialismus, der die Ausbeutung und ebenso die Anarchie des Produktionsprozesses mit ihrer steten — in den Krisen handgreiflich erscheinenden — Verschwendung und Brachlegung von Arbeitskräften an der Wurzel beseitigen will, ist nur durch eine Aufhebung der Waarenproduktion selbst zu verwirklichen.

Aufhebung der Waarenproduktion, das bedeutet aber, daß der demokratische Staat oder andere demokratisch organisirte öffentliche Körperschaften nicht nur in wachsendem Maße selbst in die Produktion eingreifen und dementsprechend eine wachsende Arbeitermenge beschäftigen, sondern ebensowohl auch (und hierin liegt die eigentliche ökonomische Schwierigkeit), daß diese sozusagen öffentliche Produktion sich in steigendem Maße aus dem allgemeinen Marktzusammenhängen als ein geschlossenes, mehr und mehr sich selbst genügendes, einheitlich geregeltes Ganze heraushebt, das, weiter wachsend, die Tendenz entfaltet, immer neue Produktionszweige dem unorganisirten Marktverkehr zu entreißen und sich einzugliedern. Mit anderen Worten: Solange die in der öffentlichen Produktion beschäftigten Arbeiter den gewöhnlichen, wenn auch reichlich zubemessenen Geldlohn erhalten, sind sie mit ihrem Konsum auf Waarenankauf, auf den Markt angewiesen; die öffentliche Produktion, selbst von dem Absatz der erzeugten Produkte abhängig, hat weder sich selbst noch die in ihr beschäftigten Arbeitskräfte dem Markte gegenüber verselbständigt.

Das Erforderniß zu solcher Verselbständigung und damit zu der Schaffung eines Organismus, der in sich deutlich ausgeprägte Keime einer sozialistischen Organisation trüge, wäre es offenbar, wenn der Konsum der in öffentlicher Produktion beschäftigten Arbeiter durch Güter, die gleichfalls in öffentlicher Produktion hergestellt wären, mehr und mehr gedeckt werden könnte. Dann würde innerhalb dieser Organisationen nicht nur für den Markt, sondern auch für das Lebensbedürfniß dieser Organisationen selbst gearbeitet; der erste Schritt, um die Abhängigkeit vom Markte zu brechen, um einen sich selbst genügenden durch eine in sich zusammenhängende einheitliche Verwaltung geregelten wirthschaftlichen Organismus herzustellen, wäre gethan. Ob man sich den demokratisirten Staat, die Gemeinden, oder riesenhaft vergrößerte, die Produktion selbst in die Hand nehmende Konsumvereine, oder besser das Zusammenwirken aller dieser Faktoren als Träger der Bewegung vorstellen will, ist eine Frage zweiter Ordnung. Hauptsache ist, daß eine Aufhebung der Waarenproduktion nur auf diesem Wege allmälig vorsichtig fortschreitenden Zusammenschlusses möglich erscheint. Aus solchen Anfängen müßten die Organismen, die sich im Laufe der Entwickelung über die ganze Gesellschaft ausdehnen sollen, herauswachsen. Die Entwickelung würde als Ausbau dieser Organismen, als allmälige Eingliederung des ganzen Wirthschaftslebens in sie erscheinen. Politische Zwangsmaßregeln könnten hier nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die eigentlichen Schwierigkeiten wären ökonomischer Natur. Es handelt sich darum, wie weit die Tendenz zu zentralistischem Zusammenschluß sich gegenüber der unendlichen Vielgestaltigkeit moderner Produktion durchzuringen vermag.

Je weniger die Arbeitstheilung in einer Gesellschaft durchgeführt ist, je kleiner ist der Kreis von Personen, deren Zusammenarbeiten die für alle Betheiligten nothwendigen Produktions- und Konsummittel zu erzeugen vermag, je kleiner also auch der Kreis, der als ein selbstgenügsames wirthschaftliches Ganze einheitlicher Regelung und Verwaltung, ev. nach sozialistischen Prinzipien, unterworfen werden kann. Die kommunistischen Kolonien, die im Laufe dieses Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten gegründet worden sind, konnten ihren kommunistischen Charakter nur dadurch wahren, daß sie von vornherein auf die ausgebildete Arbeitstheilung, die zu dem Wesen moderner Produktion gehört, verzichteten, und sich auf kümmerlichem Maßstab als bloße Ackerbau-Kolonien konstituirten. Dazu genügte auch ein kleiner leicht zusammenzuhaltender Personenkreis. Bei der gewaltigen Ausdehnung, die unter dem System der freien Konkurrenz die Arbeitstheilung genommen, setzt sich aber auch der Konsum des einfachsten Arbeiters aus der Kooperation von hunderterlei verschiedenen Produktionszweigen und Transportanstalten zusammen. Jedes Kleidungsstück, jedes Nahrungs- und Genußmittel, das er braucht, hat eine unendliche komplizirte Vorgeschichte, ist, ehe es fertig geworden, durch die allerverschiedensten Hände gewandert; und zu den Produktionszweigen, die an seiner Erzeugung direkt betheiligt waren, kommen die Hilfsindustrien, die Kohle, Maschinerie u. s. w. zur Verarbeitung des Rohstoffes geliefert haben, hinzu. Eine fast unübersehbare Reihe!

Es ist diese Grenzenlosigkeit der modernen Arbeitstheilung, welche der Tendenz, die Produktion gesellschaftlicher Regelung und Verwaltung zu unterwerfen, das größte Hemmniß entgegensetzen dürfte. Das Streben, die in öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter zu einem annähernd sich selbst genügenden Wirthschaftsganzen zu organisiren, kann nur als Einreihung immer neuer und neuer Produktionszweige in diesen Organismus, der schließlich die Nation umfassen muß, realisirt werden, eine Einreihung, bei der jede Abweichung von dem richtigen Tempo schwerste wirthschaftliche Erschütterungen nach sich ziehen würde: die gewaltigste Organisationsarbeit, die je zu leisten war!

Die dichterische und zugleich verständig scharfsinnige Ausmalung einer solchen Uebergangsepoche, ihrer Verwickelungen und ihres siegreichen Fortschreitens durch die Verwickelungen hindurch wäre die schwerste, aber auch fruchtbarste Aufgabe, die ein moderner Utopist sich stellen könnte. Bellamy gleitet zu rasch über die ökonomischen Probleme, die hier zu behandeln wären, hinweg. Dr. Leete, bei dem sich West nach der Entstehung der sozialistischen Welt erkundigt, berichtet, daß in Amerika zuerst Wasserleitung, Eisenbahnen, Telegraphen, Telephon, Kohlengruben und Petroleumförderung, ebenso wie der Handel mit geistigen Getränken munizipalisirt und verstaatlicht worden seien; auf diese Weise wurde ein Kern von Konsumenten geschaffen, auf den die Regierung später zählen konnte, als sie daran ging, ein allgemeines Produktions- und Konsumtionssystem unabhängig von der bisherigen Profitmacherei einzuführen. Als die revolutionäre Partei ans Ruder kam, da habe sie in allen wichtigen Zentren für die Schaaren der von der Regierung besoldeten Arbeiter und Beamten Läden errichtet, in denen diese alles, was sie sonst von Privathändlern gekauft hatten, zu billigsten Preisen (denn die Regierung ersparte alle Zwischenhändlerkosten) entnehmen konnten. Bald aber begnügte sich die Regierung nicht mehr mit dem Engroseinkauf der Waaren von den Privatkapitalisten, sondern erwarb große Ackerbaugüter, Baumwollpflanzungen und Fabriken, um selbständig die Produkte für das Heer ihrer Angestellten zu erzeugen. So verdoppelte sich durch die hinzutretenden Produzenten die Masse der von ihr unmittelbar abhängigen und auf die Benutzung der von der Regierung eingerichteten Läden angewiesenen Personen. Die ökonomische Bedrängniß war so groß, daß die Regierung die nothwendigen Ländereien, von den Farmern, die froh waren, sichergestellte Regierungsarbeiter zu werden, umsonst erhielt. Die Bezahlung der Konsumgüter in den Regierungsläden erfolgte nicht durch Geld, sondern einzig durch ein von der Regierung zu diesem Zwecke ausgegebenes Papiergeld. Da aber, besonders nachdem die Verwaltung in den Besitz der nöthigen Produktionsmittel gekommen war, sie die Produkte aufs vortheilhafteste herstellen und dementsprechend zu billigstem Preise verkaufen konnte, erzielte das in den Regierungsläden allein giltige Papiergeld, das für die öffentlichen Angestellten bestimmt war, einen immensen Aufschlag gegenüber dem im gewöhnlichen Marktverkehr kursirenden Gold- und Silbergeld. Der Effekt war, daß ein allgemeines Zuströmen der noch außerhalb des staatlichen Produktionsorganismus Stehenden stattfand, da sie von dem Nutzen des neuen Papiergeldes, das ohne Aufgeld nur an die staatlich Angestellten verabfolgt wurde, profitiren wollten. Die Kapitalisten konnten auf die Dauer die Konkurrenz nicht aushalten, das ganze Geldsystem, die Stütze der freien Konkurrenz zerfiel, die staatlich geregelte, den Arbeiter mit selbsterzeugtem Produkt entlohnende Wirthschaft — der Sozialismus — trat an seine Stelle. Viel mehr als diese allgemeinen, wenig kritischen Andeutungen wird man über den Gegenstand in Equality nicht finden, von einer lebensvollen, die Schwierigkeiten hervorkehrenden und auflösenden Ausmalung der ökonomischen Uebergangsbewegung ist nicht die Rede.

Um so eindrucksvoller ist die über das ganze Buch ausgestreute Kritik der gegenwärtigen Gesellschaftsverhältnisse. Hier erzielt Bellamy, und darin liegt der eigentliche Werth ebensowohl des Rückblicks als auch dieser Fortsetzung, durch die Kontrastwirkung gerade bei einem naiven, abstrakten Deduktionen schwer zugänglichen Publikum die größten Erfolge. Die von den sonnighellen Bildern angezogene Phantasie muß, wenn sie sich nicht gewaltsam mit cynischer Hartherzigkeit wappnet, die dunkle, verworrene Trostlosigkeit der Gegenwart, auf die der Verfasser mit großer Kunst die Blicke immer wieder zurücklenkt, in ihrer ganzen Schrecklichkeit empfinden. Der gute Glaube an die Ewigkeit und das Vernunftrecht des Bestehenden, diese unsichtbaren Klammern, deren jedes gesellschaftliche System zu seinem Fortbestande bedarf, sind selten noch mit solchem Geschick gelockert worden. Die sozialistische Presse würde hier so manches finden, das, wenn auch dem Inhalt nach alt und bekannt, in seiner klaren, schlichten Form der Wiedergabe wohl würdig wäre. Z. B. die Parabel von dem Wasserbecken, welche den inneren Zusammenhang kapitalistischer Ueberproduktion in Gleichnißart fast kindlich einfach erläutert. Die ökonomische, auf die Widersprüche, die Krisen und die Ueberproduktion des kapitalistischen Systems gerichtete Kritik, die natürlich ebenso wenig wie die ethischen Reflexionen etwas wesentlich Neues bringen kann, ist großentheils Schülern, die von dem Lehrer der Zukunftsschule in ökonomischer Entwicklungsgeschichte unterrichtet werden, in den Mund gelegt. Im Jahre 2000 reden die kleinen Knaben und Mädchen selbstverständlich schon um vieles besser als heute Professoren der Nationalökonomie. Wie herrlich es im übrigen dann hergehn wird, das läßt sich mit wenigen Worten natürlich nicht sagen: Die Fabriken sind prächtige Paläste, der Elektroskop erlaubt es jedermann, in seiner Wohnung die entferntesten Gegenden sich in lebendiger Wirklichkeit vorzuzaubern, das Luftschiff leitet uns hoch über die staubige Erde hinweg; die menschliche Nahrung bedarf nicht mehr des Abschlachtens der Thiere, die Gleichstellung und die physische Regeneration des weiblichen Geschlechtes ist vollendet, das Leben verlängert, der religiöse Zwiespalt in einer allgemeinen undogmatischen Liebesreligion, die an Christi Lehre anknüpft, aufgelöst und Herr Dr. West, der als Gast von der amerikanischen Nation aufgenommen wird, erhält von der nationalen Bank ein Kreditbillet von 16 000 M. pro Jahr, das nach den heutigen Verhältnissen etwa eine Kaufkraft von 24 bis 30 000 M. repräsentirt, als den gewöhnlichen Jahresantheil, auf den ein Bürger des Zukunftsstaates Anspruch hat. Es läßt sich leben, sieht man, und schließlich wird die Menschheit auch zufrieden sein, wenn sie in hundert Jahren noch nicht ganz so weit ist.

Der prinzipielle Unterschied der Bellamy'schen von den berühmten Utopien der Vergangenheit, und das tritt in Equality noch deutlicher als in dem Rückblick hervor, liegt darin, daß das utopistisch ausgemalte Bild nicht als Projekt eines Erfinders, auch nicht als das Erzeugniß eines isolirten Volkes, das nun der übrigen Welt als Muster gelten soll, sondern daß es als Resultat der gesellschaftlichen, in der modernen Oekonomie selbst wurzelnden Entwickelung hingestellt wird. Bei allen Ueberschwänglichkeiten wird im großen und ganzen der realistische Entwickelungsgedanke des modernen, die utopistische Projektform abstreifenden Sozialismus festgehalten. C. S.

*) Bei Besprechung der Hertzka'schen Schrift: „Probleme der menschlichen Wirthschaft" in einer der früheren Rundschauen hatten wir gesagt: Hertzka, der, wie seine Freilandutopie bereits zeigte, über die Waarenproduktion, der er nur den kapitalistisch ausbeutenden Charakter abstreifen will, auch in seinen Vorstellungen nicht hinaus kann, meint nun, ... daß dieser Widerspruch zwischen dem technisch erzeugbaren und dem wirklich erzeugten Reichthum auf dem Boden der gegebenen wirthschaftlichen Organisation bereits überwunden werden könne." Es hätte heißen sollen: Auf dem Boden der von ihrem kapitalistisch ausbeutenden Charakter befreiten Waarenproduktion. Denn die „allgemeine durchgreifende Lohnerhöhung", auf deren stimulirenden Einfluß auf den Absatz der Verfasser in dem Buche das Loblied anstimmt, müßte, um zur vollen Entfaltung der Produktionsfähigkeit zu führen, nach des Autors Ansicht über die durch die kapitalistischen Machtverhältnisse gezogenen Schranken hinausgetrieben, der Kapitalist müßte durch freie Assoziationen der Produzenten ersetzt werden. Wir meinten durch nachträgliche Hervorkehrung dieses Momentes dem Wunsche des Herrn Verfassers, der gegen jeden Schein, als ob er in seinem Buche als Apologet des Bestehenden aufgetreten sei, protestirt, nachkommen zu sollen.

Lokales.

Zur Charakteristik der städtischen Armenpflege. Der städtische Etatsbericht von 1896/97 erzählt von einer Ersparniß in der Armenverwaltung von 520 000 Mark. Allein an laufenden Unterstützungen (Almosen) sind 350 000 Mark erspart worden bei gleichzeitiger Vermehrung der Stiftungskasse um Millionen.

In den letzten Tagen berichteten die Blätter: „Der 66jährige Schuster Scheibe, Johannistisch 4, welcher zwölf Mark Unterstützung erhielt, hat sich wegen Hungers erhängt." Ferner: „Der 71jährige Almosenempfänger W. erhängte sich aus Nahrungssorgen." — „Die 77jährige Almosenempfängerin S. ertränkte sich am Maybachufer." — Mittheilungen, die sich bei einiger Aufmerksamkeit stattlich vermehren ließen.

Ein Leser unseres Blattes meldete uns dieser Tage: „Ich bin Arbeitsinvalide, der nie aus angestrengtester Arbeit herausgekommen und muß jeden Monat 6 bis 8 Tage hintereinander in schärfster Weise hungern, oft ohne eine Brotkrume, weil die laufende Unterstützung (22 M.) nach Abzug der Miethe (8 M.), des Haushalts, Kleidung, Wäsche und Heilmittel (Caries des Schläfenbeins), nur für höchstens drei Wochen langt, aber nicht für 31 Tage. Jeden Monat muß der Hunger als Sozius auftreten. Vom Mai bis Juli ds. Js. habe ich dreimal bei der Armendirektion petitionirt um Erhöhung der Unterstützung (meiner ausschließlichen Ressource) „auf ein zum nothdürftigsten Lebensunterhalt hinreichendes Maaß", oder Gewährung von Naturalzugabe (Brotmarken, Essenration aus irgend einem Hospital), ohne auch nur Antwort zu erhalten. Dabei habe ich von den Lehrlingsjahren an zu allen gewerblichen Invaliden- und Krankenkassen beigesteuert, ebenso wie 8 Jahre bis zu meiner Arbeitslosigkeit für die städtische Invaliditätsanstalt geklebt, ohne je einen Pfennig beansprucht zu haben.

Für die Zustände in unserem Armenwesen mag noch eine amtliche Stimme gehört werden. Seit einiger Zeit werden im Gemeindeblatt von Berlin die Protokolle der Bezirksversammlung der neu errichteten Armenämter veröffentlicht. Aus den in diesen Versammlungen bewilligten Unterstützungen geht aber erschreckend häufig hervor, daß die Höhe der Unterstützungen eine unzulängliche ist, ein Umstand, der auch bereits in der Stadtverordneten-Versammlung von Singer mit gebührendem Nachdruck hervorgehoben worden ist. Ein bürgerliches Blatt bemerkt zu diesen Berichten: Wenn an 80 Jahre alten Frauen, die das Protokoll des Armenamtes XII selbst als ganz alleinstehend, völlig erwerbsunfähig und hilflos bezeichnet, eine monatliche Unterstützung von 20 M. bewilligt und die Kommission ermächtigt wird, eine Erhöhung bis zu 25 M. eintreten zu lassen, so kann nicht behauptet werden, daß auch nur die nothdürftige Existenz hiermit bestritten werden kann. Wenn ferner in dem letzten Protokoll des Armenamtes XIII berichtet wird: „Wittwe N. N. erhält 18 M. Almosen und 12 M. Pflegegeld monatlich. Die Frau ist schwindsüchtig und fast völlig erwerbsunfähig, es sind drei Kinder im Alter von fünf Jahren abwärts vorhanden", so fragen wir uns mit recht, ob es denkbar ist, daß eine schwindsüchtige Person mit drei Kindern für 30 M. monatlich existiren kann, oder ob nicht eine derartige Unterstützung als grausame Vollziehung eines Todesurtheils zu betrachten ist. Denn der nothdürftige Unterhalt, zu dem die Stadtgemeinde verpflichtet ist, soll zwar keine besonderen Genußmittel gewähren, wohl aber diejenige kräftige Nahrung, die ein so kranker Mensch, wie die hier bezeichnete Wittwe N. N. nöthig hat, um sich zu erhalten. Eine andere Position muß desgleichen lebhaftes Befremden erregen, in der es heißt: „Belassung von 10 M. Almosen bei 11,40 M. Invalidenrente für den Arbeiter N. N.; derselbe ist dauernd krank und ebenso wie die Ehefrau erwerbsunfähig; die dem Arbeitsstande angehörenden Kinder sind unvermögend." Hiernach scheinen also zwei erwerbsunfähige Personen, von denen eine dauernd krank ist, mit monatlich 21 M. 40 Pf. leben zu müssen. Dies sind nur einzelne Beispiele, die wir den Protokollen entnehmen, die aber in denselben keineswegs vereinzelt dastehen, und welche zeigen, daß eine dringende und schleunige Remedur in unserem Armenunterstützungswesen erforderlich ist.

Ob den Herren, welche die Ersparniß im Etat „erzielt" haben, wirklich ob dieses Erfolges angenehm zu Muthe ist?

Amtliche Nahrungsmittel-Untersuchungen. Im Monat Juli sind in Berlin 173 Proben von Nahrungs- und Genußmitteln chemisch untersucht und 26 davon beanstandet worden. Die Beanstandungen betrafen Milch, Butter, frische Eier, Mehl, Wurst, Chokaladenpulver, Ungarwein, denaturirten Branntwein und Nordhäuser Kornbranntwein. Unter den Milchproben waren mehrere theils entrahmt, theils gewässert, theils beides zugleich. Von den 9 in der Schmelzkontrolle beanstandeten Butterproben erwiesen sich 5 als mehr oder weniger mit Margarine vermischt. Sechs Proben von Nordhäuser Kornbranntwein erwiesen sich sämmtlich als mit sogenannter Branntweinschärfe, einem spirituösen Zusatz aus spanischem Pfeffer und schwarzem Pfeffer, versetzt, die dazu dient, gehaltsarmen Spirituosen den Anschein größeren Alkoholgehaltes zu geben und zu stärkerem Genuß anzureizen. — Die Milchkontrolle erstreckte sich auf 1401 Geschäfte und führte in 90 Fällen zu Beanstandungen, die Butterkontrolle auf 281 Geschäfte und führte in 41 Fällen zu Beanstandungen.

Die neue Baupolizei-Verordnung ist gestern in der „Nordd. Allg. Ztg." publizirt worden.

Eigenthümliche Arbeitsverhältnisse, so schreibt uns ein Schlosser, herrschen bei der Firma J. Biehl, Oderbergerstr. 44. Als die Schlosser im vorigen Jahre sich die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden erkämpften, bewilligte auch diese Firma die Forderung der Arbeiter. Doch sind bedenkliche Uebungen im Schwange, um den Neunstundentag so lang wie möglich auszustrecken. Am Morgen läuft der Gasmotor, dessen Angehen das Signal zum Beginn der Arbeit bildet, schon einige Minuten vor sieben Uhr, dagegen werden die Frühstücks-, Vesper- und Mittagspausen um je sechs bis acht Minuten verkürzt, so daß in der Regel eine Verlängerung der Arbeitszeit um 15 bis 30 Minuten herauskommt. Als ein Arbeiter sich auf seine Pflicht besann und den Unternehmer auf das ungehörige der beschriebenen Handlungsweise aufmerksam machte, drohte ihm Herr Biehl mit dem — Schutzmann!

Gegen die nicht konzessionirten Schankstätten wollen die Gastwirthe bei den Behörden Schritte unternehmen. Der Verband der Gast- und Schankwirthe für Berlin und Umgegend hat seinen Vorstand beauftragt, dahin vorstellig zu werden, daß 1. die Flaschenbierhändler konzessionspflichtig gemacht werden, welche jetzt ohne jegliche Rücksicht auf die Polizeistunde verkaufen; 2. soll die Behörde ihr Augenmerk richten auf den Verkauf von Bier und Schnaps in Fabriken und Werkstätten durch Angestellte und Arbeiter, der ohne Erlaubniß vorgenommen wird; 3. wird ein Verbot des Verkaufes von Bier und Spirituosen in staatlichen und städtischen Gebäuden verlangt. Ist das nicht etwas reichlich Brotneid?

Nur sechs öffentliche Stiefelputzer besitzt Berlin bei einer Bevölkerungszahl von 1¾ Millionen, die es nach den neuesten Zählungen nahezu erreicht hat. Die Berliner Stiefelputzer oder vielmehr „öffentlichen Reinigungsdiener", wie sie auf ihrem breiten Messingschild an der Mütze genannt werden, haben ihren Stand ausschließlich an Bahnhöfen und zwar am Anhalter, Potsdamer, Schlesischen und Stettiner, sowie an den Stadtbahnhöfen Friedrichstraße und Alexanderplatz. Diesen Stand haben sie deshalb gewählt, weil die Berliner die Hilfe der Stiefelputzer fast nie in Anspruch nehmen, sondern dies lediglich seitens der Fremden geschieht. Bekanntlich ist in anderen Großstädten, wie namentlich Paris, London und New-York die öffentliche Stiefelreinigung sehr entwickelt, und die dort Einheimischen haben nichts dagegen, wenn einer der zahlreichen Stiefelputzer sich sogar unaufgefordert ans Werk macht, dem schmutzig gewordenen Schuhzeug auf offener Straße einen neuen Glanz zu geben. In Berlin setzen auch, wie gesagt, thatsächlich vorzugsweise die Fremden die „öffentlichen Reinigungsdiener" in Thätigkeit.

Wohnungsverhältnisse der Berliner Gemeindeschullehrer. Der Berliner Lehrerverein hat im März eine Statistik der Wohnungsverhältnisse der Berliner Gemeindeschullehrer aufgestellt. Die Statistik bezieht sich auf 2176 Lehrer und zwar ausschließlich solche, die an den Berliner Volksschulen entweder angestellt oder interimistisch beschäftigt waren. Von diesen 2176 hatten 1696 einen eigenen Hausstand, 480 nicht. Von jenen 1696 wohnten 17 pCt. in den Vororten, von diesen 480 dagegen nur 5 pCt. Von den 1696 mit eigenem Hausstande bewohnten 220 (= 13 pCt.) 2 Zimmer, 996 (= 60 pCt.) 3 Zimmer, 362 (= 21 pCt.) 4 Zimmer und 118 (= 6 pCt.) 5 und mehr Zimmer.

Die Postbehörde läßt gegenwärtig an verschiedenen Orten bei den Fernsprechapparaten innerhalb der Häuser Schutzvorrichtungen anbringen, die den am Apparat Sprechenden gegen die Wirkung eines in den Leitungsdraht eintretenden starken elektrischen Stromes, wie er bei einem Blitzschlage oder bei der Berührung eines zerrissenen Telephondrahtes mit dem Leitungsdraht der elektrischen Straßenbahn verursacht wird, schützen sollen. Die Schutzvorrichtung besteht darin, daß ein feiner Silberdraht, der durch eine Glashülle gegen äußere Einflüsse geschützt ist, in die Leitung eingeschaltet wird und die Außenleitung mit dem Sprechapparat verbindet. Tritt in die Außenleitung ein zu starker Strom ein, so schmilzt der Silberdraht und unterbricht die Leitung. Es wird dadurch unmöglich, daß der am Apparat Sprechende einen elektrischen Schlag erhält.

Auf dem Friedhofe der Märzgefallenen will der Magistrat, wie aus einer Zeitungsmeldung zu entnehmen ist, im nächsten Jahre „zur Erinnerung an die vor 50 Jahren erfolgten Beerdigungen" einen einfachen Gedenkstein setzen.

Als Gemeinde-Schullehrer werden vom 1. Oktober d. J. ab die folgenden Lehrer angestellt werden: Wilhelm Göritz III, Fritz Ballerstädt, Hermann Thal, Hermann Peine, Otto Paul Müller 43 (!), Robert Braunschweiger, Gustav Casmir, Otto Welzel, Robert Jüttemann, August Mahlich, Eduard Gosse, Paul Noack IX, Gerhard Forck II, Eduard Flügel, Julius Klink, August Kaps, Paul Dehnel und Konstantin Schochow.

Bureaukratische Fixigkeit. Die ablehnende Antwort des Kultusministers auf die Beschwerden gegen das Verbot des Vortrages von Frl. Helene Lange im Sozialwissenschaftlichen Studentenverein ist erst nach 7½ Monaten erfolgt und lautet wörtlich: „Mit bezug auf die Eingaben vom 12. Mai d. J. und 9. Dezember v. J., betreffend die Nichtgenehmigung eines von einer Dame beabsichtigten Vortrags über „Intellektuelle Grenzlinien zwischen Mann und Frau", benachrichtige ich den Vorstand des Sozialwissenschaftlichen Studentenvereins, daß ich mich nicht veranlaßt finde, in die von dem Herrn Rektor getroffene und von dem Akademischen Senat gebilligte Entscheidung von Aufsichtswegen einzugreifen."

Gegen den jetzigen Prorektor der Technischen Hochschule, Professor Guido Hauck, haben die Herausgeber der „Allgemeinen Deutschen Universitäts-Zeitung", Sanitätsrath Dr. Konrad Küster und Schulamtskandidat Ernst Schulze die Beleidigungsklage eingeleitet. Den Gegenstand der Klage bilden die Ausführungen, welche Professor Hauck bei der Uebergabe des Rektorats über das Verhalten jenes Organs gegenüber der unterdrückten Ehrengerichts-Bewegung gemacht hat. Die Klage führt der Abgeordnete Justizrath Munckel.

„Mumpitz-Vegetarier", die daheim bei Muttern Kraut und Wurst essen und sich dann in den Vereinssitzungen zum Leben und Sterben für die heilige Sache begeistern, soll es, nach Angabe des „Veget. Herold", genug unter den Mitgliedern und im Vorstande des hiesigen Vegetarievereins geben. Wir blicken mit Schaudern in diesen Abgrund menschlicher Verkommenheit.

Lynchjustiz an einem alten Sünder. Gestern Abend wurde der 61 Jahre alte Pensionär Albert Stangohr in einer Laube auf dem von ihm gepachteten Lande an der Christianiastraße mit schweren Verletzungen am Kopfe bewußtlos daliegend aufgefunden und nach Anlegung eines Verbandes nach dem Paul Gerhard-Stifte, Müllerstr. 56, gebracht. Nach der Aussage eines Zeugen hat ein benachbarter Pächter, der Arbeiter Martin Masur, dem Stangohr die Verletzungen durch Hiebe mit einer Kartoffelhacke beigebracht, weil letzterer mit dem siebenjährigen Sohne des Masur unzüchtige Handlungen vorgenommen haben soll.

Erschossen vorgefunden wurden vorgestern Morgen der Metallschleifer Heinrich H. auf dem Aborte eines Fabrikgebäudes der Wasserthorstraße und der Handlungsgehilfe Hugo S. in einem Geschäftsraume seines Bruders in einem Hause der Königstraße.

Durch einen eigenartigen Unfall auf der Stadtbahn wurden vorgestern gegen Abend die Passagiere eines Zuges auf der Strecke zwischen Alexanderplatz und Börse in Aufregung versetzt. Als sich der Zug in der Nähe der Engros-Markthalle befand, ertönte plötzlich ein lauter Knall. Die Passagiere, aufs höchste beunruhigt, glaubten zunächst, daß ein Zusammenstoß stattgefunden habe. Dies war jedoch nicht der Fall. Wie sich auch bald auf Bahnhof Alexanderplatz herausstellte, war die Koupeethür eines Waggons dritter Klasse, die wahrscheinlich nicht genügend geschlossen gewesen, aufgesprungen, von einem vorbeifahrenden Zuge erfaßt und zertrümmert worden. Personen wurden bei dem Vorfall glücklicherweise nicht verletzt.

Unterschlagungen in Höhe von 30 000 Mark hat sich der langjährige Kassirer und Buchhalter K. eines hiesigen großen Seidenhauses in der Kronenstraße zu schulden kommen lassen. Die Unterschleife hat der ungetreue Kassirer seit einer Reihe von Jahren fortgesetzt begangen. Aus Anlaß einer zufälligen Revision kam die Veruntreuung nunmehr an den Tag.

Wegen eines Sittlichkeitsverbrechens, verübt im Jahn-Atelier gegen eine junge Dame, wird der 30jährige Dentist Cäsar Zacharias polizeilich verfolgt. Die Strafthat wurde in Köpenick verübt. Der Angeschuldigte war zuerst festgenommen, aber wieder entlassen worden. Weiteren Vernehmungen hat er sich dann durch die Flucht entzogen. Nunmehr ist wiederum seine Verhaftung angeordnet.

Eine nachträgliche Freude ist den Gendarmen bereitet worden, die im vergangenen Jahre in der Gewerbe-Ausstellung Dienst hatten. Der Kommandeur der 8. Gendarmerie-Brigade hat denjenigen Gendarmen, die vier Wochen Dienst gethan haben, 20 M., den mit achtwöchiger Dienstleistung 40 M. auszahlen lassen.

Von der Polizei durchsucht wurde gestern Morgen um 8½ Uhr ein Theil des Hauses Schützenstr. 37, in dem Dirnen wohnen. Es erschienen dazu ein Wachtmeister und acht Schutzmänner in Uniform und ein Kriminalbeamter. Ein Mann, der nicht in das Haus hineingehört, wurde zur Feststellung seiner Persönlichkeit auf die Wache des 39. Polizeireviers in der Lindenstraße gebracht.

In Untersuchungshaft genommen wurde gestern der Werkmeister Richard Reinicke, der seit neun Jahren bei dem Bäckermeister Alfred Gartz in der Charlottenstraße in Stellung ist. Unmittelbar an dem Treptower Ausstellungsterrain betreibt Herr Gartz noch eine zweite Bäckerei, welche für den Konsum der Arbeiter, die mit den Abbruchsarbeiten beschäftigt sind, bestimmt ist. Die Leitung dieser Filiale hatte der Werkmeister Reinicke. Am Anfang dieses Monats machte nun der Gehilfe Kallwicz eine Erbschaft. Reinicke stahl das Geld und versteckte es in seiner Wohnung, wo ein Betrag von 6880 M. gefunden wurde. Reinicke wird auch beschuldigt, seinen Meister bestohlen zu haben.

Gestern früh versuchte die 17jährige Anna K. infolge einer von ihrer früheren Herrschaft gegen sie gerichteten Anzeige wegen Diebstahls in der Wohnung ihrer gegenwärtigen Dienstherrschaft sich mittels Salmiakspiritus zu vergiften. Nach Anwendung von Gegenmitteln wurde sie auf Anordnung des Arztes nach dem Krankenhause am Urban gebracht.

Polizeilich beschlagnahmt worden ist die Leiche des 25 Jahre alten Hausmädchens Baum, das in der Eichhorustraße in Stellung war und in der Nacht zu gestern gestorben ist. Das Mädchen fühlte sich vorgestern Abend noch ganz wohl. In der Nacht gegen 3 Uhr stand es auf, weckte die Köchin, die mit ihm in derselben Kammer schlief, und klagte über Schwindel. Im selben Augenblick wankte es zur Küche hinein und fiel dort auf einen Stuhl. Als nach fünf Minuten ein Arzt kam, war es bereits verschieden. Von anderer Seite wird behauptet, daß eine Vergiftung vorliege.

Der Schlächtermeister Haberecht in der Zossenerstr. 45 ist an der Verletzung gestorben, die ihm dieser Tage im Streite von seinem Bruder beigebracht worden ist.

Feuerbericht. Gestern früh gegen 1 Uhr brach auf noch unaufgeklärte Weise ein sehr gefährliches Feuer in der Tapeziererwerkstatt von R. Herzog, Oranienstraße 19a, aus. Die Flammen, von Werg und ähnlichen Polstermaterialien genährt, hatten bei Ankunft der ersten Löschzüge schon eine große Ausdehnung erlangt und gefährdeten die auf dem Hofe befindlichen Tischlereien und Fabrikbetriebe. Die Feuerwehr mußte längere Zeit Wasser geben, bevor es ihr gelang, des Feuers, das großen Schaden verursacht hat, Herr zu werden.

Aus den Nachbarorten.

Achtung! Mariendorf, Tempelhof, Südende! Bekanntlich hat der Amtsvorsteher von Mariendorf dem Arbeiter-Bildungsverein des Ortes wiederholt das Abhalten eines Sommerfestes verboten. Wir ersuchen nun die Parteigenossen der genannten Orte, sowie auch die Berliner Genossen, sich zu dem gemüthlichen Kaffeekochen, das morgen Sonntag nachmittags 2 Uhr bei dem Wirthe Holz, Sperlingslust, Südende, stattfindet, zahlreich einzufinden. Mehrere Parteigenossen.

In der letzten Sitzung der Rixdorfer Gemeindevertretung theilte der Vorsitzende, Gemeindevorsteher Boddin, zunächst mit, daß die Direktion der Stadt- und Ringbahn die Petition um Einführung des Zehnminuten-Verkehrs auf dem Südring „mangels Bedürfnisses" abgelehnt habe. — Vor kurzem hatte die Gemeinde beschlossen, für Rixdorf den obligatorischen Fortbildungs-Schulunterricht einzuführen, wenn die Regierung dreiviertel der Kosten übernehmen wolle. Sämmtliche Innungen haben sich gegen Einführung des obligatorischen Unterrichts ausgesprochen, wie Genosse Ostermann befürchtet, um die Lehrlinge mehr ausnützen zu können. Die Regierung zu Potsdam hat erklärt, einen höheren Staatszuschuß beim Minister beantragen zu wollen, die Vertretung bleibt dagegen bei ihrem Beschluß und verlangt dreiviertel der Kosten. — Das zur Gemeinde Tempelhof gehörige Gebiet der Hasenhaide soll bekanntlich der Bebauung erschlossen und an die Rixdorfer Schwemm-Kanalisation angeschlossen werden, wofür der Unternehmer, Kaufmann Wolff-Berlin, an die Gemeinde 225 000 M. zahlen will. Die Kanalleitung muß auch das Terrain des fiskalischen Turnplatzes berühren. Der Fiskus will dies unter der Bedingung gestatten, daß Wolff den Bürgersteig vor dem Turnplatz regulirt und für das hierzu nöthige Terrain 10 000 M. Entschädigung zahlt, ferner eine Futtermauer mit Eisengitter errichtet, während die Gemeinde Rixdorf sich verpflichten soll, den Anschluß des Turnplatzterrains und der darauf befindlichen Gebäude jederzeit unentgeltlich zu gestatten, auch die unentgeltliche Abführung der Abwässer zu übernehmen. Die Gemeindevertretung ist hierzu so lange bereit, als der Turnplatz in seiner jetzigen Gestalt erhalten bleibt, nicht aber, wenn derselbe auch zu Bebauungszwecken veräußert werden sollte. Es sollen daher diesbezügliche Verhandlungen gepflogen werden. — In die Einkommensteuer-Voreinschätzungs-Kommission wird u. a. Genosse Ostermann gewählt. — Für die Verhandlungen mit der Großen Berliner Pferdebahn betr. die Einführung des elektrischen Betriebes auf den Rixdorfer Linien wird eine fünfgliedrige Kommission gewählt, der auch Genosse Retzerau angehört.

Mit den städtischen Rieselanlagen sind manche Vorortbewohner wenig zufrieden. So hat sich auch der Grundbesitzerverein von Weißensee mit einer Beschwerde über die gesundheitswidrige Anlage der Falkenberger Rieselfelder an das Reichs-Gesundheitsamt gewandt. Daraufhin ist von der Regierung in Potsdam jetzt folgende Antwort eingetroffen: „Auf die an das Reichs-Gesundheitsamt gerichtete, an mich abgegebene Vorstellung vom 4. Juli d. J. erwidere ich Ihnen, daß die zuständigen Minister eine erneute Untersuchung der dortigen Rieselanlagen und ihres Betriebes sowie der benachbarten Wirthschaftsbrunnen angeordnet haben." Wie in der Versammlung mitgetheilt wurde, hat das Reichs-Gesundheitsamt von den Brunnen der Grundstücke, welche in der Umgebung der Rieselfelder gelegen sind, Wasserproben zum Zwecke der Untersuchung entnehmen lassen.

Die Errichtung von Kammern für Handelssachen am Landgericht II will der Magistrat von Charlottenburg an zuständiger Stelle beantragen.

Für die Opfer der Hochwasser-Katastrophen

sind uns ferner die folgenden Beiträge zugegangen:

E. u. O. 5,—. Skatklub Carreau 7 3,—. Gesammelt bei Wudtke, Graudenzerstr. 13, 2. Rate 3,—. Kummer'sches Quartett 5,—. Vom Nachtschaftkopf Elektr. Abth. Löwe 2,09. F. A. Treue'schen Möbelpolirer 4,—. Reich, Alexandrinenstr. 3,—. Gesangverein „Sorgenfrei" 10,—. Geburtstagsfeier Chamissoplatz 4 3,50. Gesammelt in dem Germania-Ausschank Marienburgerstr. 1,45. Rüdersdorferstraße 66 2,—. Summa 42,04.

Bereits quittirt 2257,88. Gesammtsumme 2299,92.

Weitere Beiträge nimmt unsere Expedition entgegen.

Kunst und Wissenschaft.

— Das Schiller-Theater hat am Donnerstag sein fünftes Spieljahr begonnen. Die Direktion wollte etwas Besonderes bieten und führte dem vollzählig erschienenen Stammpublikum Grillparzer's Lustspiel „Weh dem, der lügt" vor. Vor allen anderen Bühnenwerken des Dichters verlangt wohl gerade dieses Stück ein auf das sauberste abgetöntes Spiel und ein sinnvolles Eingehen auf die Absichten des Dichters. Das sind Anforderungen, die nicht allein mit gutem Willen zu erfüllen sind, und vor ihnen mag wohl manche Theaterleitung mehr zurückgeschreckt sein, als vor dem Stoff, der einen Kampf zwischen Klugheit und Wahrheit in einer fast märchenhaft weitab liegenden Barbarenzeit darstellt. Wenn die Leitung des Schiller-Theaters kühn gegen solche Schwierigkeiten anstürmte, so ist das ein Zeichen tapferen Muthes, dem ein besseres Gelingen hätte beschieden sein können, als ihm am ersten Abend zu theil wurde. Mit gar wackerem Behagen tummelte sich die alte Garde des Theaters; sie wußte ja aus Moser'schen Schwänken, wie man es machen muß, um eine zum Wälzen heitere Wirkung bei ihren Leuten zu erzielen. So brüllten denn Patry-Kattwald und Froböse-Galomir in ihren Wolfspelzen tapfer darauf los, und das Publikum lachte wirklich wie bei Moser. Wo aber die Poesie ihr Recht forderte, und wo deutlich das Verlangen drängte, auch aus der Komik etwas Ironisirung menschlicher Schwäche hervorblicken zu lassen, da versagte der Apparat, und es war, als ob Kammermusik auf einer Drehorgel gespielt würde. Wie in den derben Bildern, so ging auch in denen voll ernster Bewegung mancherlei in die Brüche. Wenn Herr Winterstein, der als Küchenjunge Leon Keckheit und Klugheit miteinander zu mischen hatte, nur etwas verständlicher gesprochen hätte, sein krampfhaftes Mühen, durch Geberden ein bekanntes Vorbild aus dem Deutschen Theater zu kopiren, sollte ihm dann verziehen werden! Schade um den Abend, schade auch um das wackere Spiel von Herrn Pauly und Frau Levermann, dessen Wirkung in den häufigen Disharmonien der Vorstellung ganz verloren ging. —

— Im Bayreuther Festspielhause finden im nächsten Jahre keine Aufführungen statt. —

— Das Wiener Raimund-Theater laborirt an einem Defizit von 86 000 Gulden. Um es zu beheben, ist man auf die ärgste Sparerei verfallen. Man leiht Schauspieler an andere Bühnen aus und hat die Gagen sehr stark gekürzt. Die jetzige Tragödin des Raimund-Theaters, die Nachfolgerin der Barsescu bezieht 60 Gulden monatlich. —

— Ein Volks-Theater. Das vor drei Jahren in Bussang (Vogesen) im Walde unter freiem Himmel errichtete Volks-Theater gab am vergangenen Sonntag die erste seiner jährlichen Vorstellungen. Seit dem letzten Jahre ist eine Veränderung dergestalt vorgenommen worden, daß die Zuschauer vor den Witterungsunbilden geschützt sind, ohne daß das Schauspiel deshalb seinen pittoresken Naturreiz verloren hätte. Ein Velum ist jetzt über den Parquetraum ausgespannt, um den sich Holztribünen in bäuerlichem Stile erheben. Die Bühne ist gedeckt, aber der Hintergrund freigeblieben, so daß die natürlichen Dekorationen, Bäume und Wiesen, die künstlichen auf der Szene fortsetzen und vervollständigen. Die erste Vorstellung war gratis. Aufgeführt wurde das dreiaktige Drama „Morteville" von Maurice Pottecher, dem Begründer des Theaters. Es behandelt eine alte Vogesenlegende von einem verschwundenen Dorfe und einer bis tief in das 17. Jahrhundert hinein in wildem Zustand verbliebenen Bevölkerung. Der Erfolg des einfachen, gemeinverständlichen und doch fesselnden Stückes war durchschlagend. Die Schauspieler waren aus allen Bevölkerungsklassen, Arbeitern, Bauern und Bürgern zusammengesetzt, die ihre Rollen ganz vorzüglich spielten. Mehr als 2000 Personen waren zu dieser interessanten Vorstellung herbeigeeilt; auch viele Elsässer waren über die Grenze gekommen, um das Stück sich anzusehen. Am nächsten Sonntag wird eine bezahlte Vorstellung des neuen, für die nächstjährige Volksaufführung reservirten Stückes stattfinden. Es ist das eine Farce von rein lokalem Charakter, deren urwüchsiger Dialog mit Gesängen und Weisen des Landes vermischt ist und die den Titel: „Sotré de Noël" führt. —

— Wandgemälde aus der Deutschordenzeit. Wie aus Königsberg i. Pr. gemeldet wird, wurden vor etwa Jahresfrist im Remter des alten Ordensschlosses Lochstedt bei Fischhausen, der dem Lehrer der dortigen Kirchschule als Wohnung diente, alte werthvolle Wandmalereien aus der Ritterzeit entdeckt. Wie die durch Sachverständige geleiteten Nachforschungen ergaben, hat man es thatsächlich mit einer ganzen Anzahl von Wandgemälden zu thun, die durch einen Kalkanstrich übertüncht waren. Die Ausbeute ist größer, als man geahnt hat, da außer den vorwiegend religiösen Gemälden auch solche gefunden sind, welche der Ordensritterzeit angehören. Nach dem, was bis jetzt verlautet, sind folgende Gemälde, die sämmtlich in der sogenannten Tempera-Malerei, auf trockenem Kalk mit eigens hierfür präparirten Farben, die infolge ihrer Mischung äußerst haltbar sind, bloßgelegt worden: Die Gesetzgebung in Verbindung mit Isaaks Opferung, Verkündigung an Maria, Auferweckung des Jünglings zu Nain, Kreuzigung, Auferstehung und Kampf Michaels mit dem Drachen. In dem nebenan befindlichen Raum, der nach der Ordensgeschichte als Dienerstübchen genannt wird, Anbetung der Weisen aus dem Morgenlande und die Gestalt des Ritters Georg. In dem ehemaligen Gefangenenzimmer des Hochmeisters Heinrich von Plauen, der nach der Vertheidigung und dem Fall der Marienburg hier gefangen gesetzt wurde, feiert die Ordensgeschichte ihre Triumphe: Man erblickt kernige Gestalten von Ordensrittern mit Ordenswaffen, Wappenschilder und sonstige Symbole. Man hofft, hier noch weitere für die Ordenszeit wichtige Zeichnungen zu entdecken. —

k. Eine neue Methode, um Wunden und Geschwüre zu heilen, soll, so berichtet die englische Zeitschrift „Nature", der englische Arzt Dr. George Stoker gefunden haben. Es ist bekannt, daß viele unzivilisirte Völker, darunter die Zulus, ihre Verwundeten auf möglichst hochgelegene Punkte bringen, weil die Wunden auf Berggipfeln schneller heilen sollen als in Thälern. Man hat diesen Umstand dadurch zu erklären gesucht, daß die Höhenluft sauerstoffhaltiger ist und der Sauerstoff somit als das Heilmittel zu gelten hat. Dr. Stoker hat versucht, Glasröhren, die mit Sauerstoff gefüllt waren, über den Wunden anzubringen, da das Glas eine genaue Beobachtung der wunden Stellen ermöglicht, brauchen die Tuben garnicht berührt zu werden. Der Effekt soll, wie die englische Zeitschrift berichtet, außerordentlich sein. Es soll z. B. ein größeres Geschwür binnen 48 Stunden geheilt sein. Daß der Sauerstoff der Luft von irgend welchem Einfluß auf die Heilung von Wunden ist, das darf als ziemlich sicher an-

genommen werden. Wie weit dieser Einfluß geht, ist noch nicht bekannt und wir geben die Mittheilung der englischen Zeitschrift mit aller Vorsicht und mit der Bemerkung wieder, daß weitere Versuche abgewartet werden müssen, um sich ein Urtheil über die vorstehende Mittheilung zu bilden. —

Gerichts-Zeitung.

Ein 81jähriger Mann, der Arbeiter Johann Philipp, wurde gestern von der 7. Strafkammer des Landgerichts I zu einer Gefängnißstrafe von sechs Monaten verurtheilt, weil er mit einem schulpflichtigen Mädchen unzüchtige Handlungen vorgenommen hatte.

Vier Fahrräder hatte der 22jährige Zahntechniker Max Piost innerhalb einiger Wochen gestohlen. Viele Radfahrer halten den Hof des von ihnen bewohnten Grundstücks für einen hinreichend sicheren Aufbewahrungsort für ihre Räder. Der Angeklagte hatte entdeckt, daß auf dem Hofe eines Grundstücks in der Dieffenbachstraße ebenfalls Fahrräder standen. Er entwendete nach und nach vier Stück und es scheint unbegreiflich, daß die Bewohner des betreffenden Hauses sich nicht schon den ersten Fall zur Warnung dienen ließen. Der Angeklagte getraute sich nicht, die gestohlenen Räder hier abzusetzen, er wollte sie nach außerhalb verschicken. Zu diesem Zwecke erbrach er einen Schuppen am Kurfürstendamm, in welchem ein Händler Transportkästen für Räder aufbewahrte. Der Angeklagte stahl zwei Stück, wurde aber dann ertappt. Die Bestohlenen haben sämmtlich ihr Eigenthum zurückerhalten und dieser Umstand, sowie die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten bewirkten, daß ihm mildernde Umstände zugebilligt wurden und er mit einem Jahre Gefängniß davonkam.

Wegen fahrlässigen Meineides stand gestern der Milchpächter Paul Löwe vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hatte während der Dauer von zwei Jahren die Milch von dem Rittergute des Grafen von der Schulenburg zu Trampe bei Prenzlau bezogen. Im Herbst 1896 war Löwe mit seinen Zahlungen an den Grafen im Rückstande geblieben; der letztere verklagte ihn. In dem Prozeß hatte der Kläger seine Ansprüche durch Rechnungen zu belegen und der Beklagte eine Aufstellung der von ihm geleisteten Zahlungen einzureichen. Es stellte sich dabei eine Differenz von 300 M. heraus. Der Beklagte behauptete, daß er im Monat Februar 1895 nicht, wie der Kläger angab, acht, sondern neun Zahlungen geleistet habe und bewies auch durch sein Postbuch, daß er am 25. Februar 1895 einen mit 300 M. deklarirten Brief an den Grafen von der Schulenburg abgesandt habe. Den Eingang dieses Postens hatte Graf von der Schulenburg nicht gebucht. Löwe leistete im Juli v. J. einen Eid dahingehend, daß er außer den Zahlungen, die in der Klagerechnung aufgeführt seien, noch eine weitere Zahlung von 300 M. geleistet habe. Später klärte sich die Differenz auf und es zeigte sich, daß der von Löwe geleistete Eid ein objektiv falscher war. Löwe hatte nämlich dem Grafen von der Schulenburg Kaution gestellt, die in Werthpapieren bestand. Eines dieser Papiere über 300 M. erbat der Angeklagte sich für einige Tage zurück, um es gegen ein anderes gleichwerthiges umtauschen zu können. Der Graf kam dem Wunsche nach und als Löwe den Ersatz zurücksandte, bezog sich der Vermerk in seinem Postbuche hierauf. Der Angeklagte behauptet, daß er zwei Rechtsanwälte gefragt habe, ob er den Eid leisten könne und man habe ihm hierauf eine bejahende Antwort ertheilt. Staatsanwalt Kleine führte aus, daß der Angeklagte bei der Eidesleistung nicht mit derjenigen Umsicht und Gewissenhaftigkeit verfahren sei, die man von einem verständigen Menschen verlangen könne. Sein Verhalten müsse als ein nachlässiges angesehen werden, er beantrage gegen ihn sechs Monate Gefängniß. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Grünfeld, plädirte für Freisprechung. Es sei unmöglich, daß der Angeklagte nach so langer Zeit aus dem Gedächtniß hätte wissen können, welche Posten im einzelnen streitig oder unstreitig waren und ob die streitigen Zahlungen an diesem oder jenem Tage erfolgt waren.

Der Gerichtshof hielt eine nicht entschuldbare Fahrlässigkeit vorliegend und verurtheilte den Angeklagten zu einer Gefängnißstrafe von einem Monat.

Versammlungen.

In Groß-Lichterfelde berichtete in einer öffentlichen Zimmererversammlung Kube-Charlottenburg über den Stand der Lohnbewegung. Im Anschluß hieran wurde beschlossen, daß die Maurer von Steglitz, Groß-Lichterfelde solange 50 Pf. zum Unterstützungsfonds zu zahlen haben, als bis in Berlin der Beschluß, 1 M. pro Woche zu zahlen, aufgehoben wird. Sollte in Steglitz rc. in eine Lohnbewegung eingetreten werden, wird der Beitrag auf 1 M. erhöht. Berliner Arbeiten sollen nur dann ausgeführt werden, wenn auch die Berliner Forderungen (9stündige Arbeitszeit und 60 Pf. Stundenlohn) anerkannt werden.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Bibliothek in der Nordschule, Brunnenstr. 26, ist bis auf weiteres geschlossen; die noch ausstehenden Bücher sind umgehend Donnerstags abends von ½9 bis ½10 Uhr zurückzuliefern. Mitgliedsbeiträge werden an diesem Tage in der Nordschule entgegengenommen, ebenso in folgenden Zahlstellen: Gottke, Schulz, Admiralstr. 40a; Neul, Barnimstr. 42; Badiel, Rosenthalerstr. 37; Gleinert, Müllerstr. 7a; Paul Rücke, Manteuffelstr. 128; H. Königs, Dieffenbachstr. 30. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Paul Rücke jr., SO, Manteuffelstr. 128, Geldsendungen an den Kassirer H. Königs, S. Dieffenbachstr. 30, zu senden.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brunnenstraße 150. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstraße 50, v. 2 Tr. **Sonnabend,** abends 9—11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — Lurania, Landsberger Allee 150 bei Goedel. — Sanges-Echo, Naunynstraße 6 bei Deininger. — Immergrün, Tegel, Spandauerstraße 5 bei C. Rentner. — Glück zu, Badstr. 10 bei Mitz. — Hand in Hand II, Friedrich Karlstr. 11 bei Heinecke. — Vorwärts 7, Rummelsburg, Ecke Göthe- und Kantstraße bei Brewes. — Frisch auf I, Friedrichsberg, Wartenbergstr. 67 bei Lange. — Weiße Rose II, Weißensee, Straßburgerstr. 56 bei Sorter. — Eintracht 3, Teltow, Zehlendorferstr. 6 bei Dertz. — Sängerlust, Luckenwalde, Berlinerstraße 24 bei Otto Schulze. — Echo III, Langendamm, Alt-Markgrafenpieske bei Grünlick. — Frohsinn I, Rummelsburg, Goethe- und Kantstraßen-Ecke bei Brewes. — Gleichheit 2, Kremmen, Berlinerstraße, Gasthof zur Stadt Berlin. — Einigkeit 2, Landsbergerstr. 6 bei Rademann.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstraße 80, 2. Hof. **Sonnabend:** Unverzagt, Koppenstr. 17 bei Wwe. Lehmann. — Angler I, Zimmerstraße 55 bei Ruppert. — Havana II., Nowawes-Neuendorf, Lindenstr. 31. — Glück Auf, Rüdersdorf-Kalkberge, Heinitzstr. 27 bei Greve. — Kuba, Brandenburgstr. 54 bei Pönitz. — Volldampf, Werder a. H., Kugelweg 88 bei Martin. — Bürgerheim, Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 60 bei Kupfer. — Unverzagt, Lebuserstr. 13 bei Haupt. — Pappel, Buchholzerstr. 5 bei Dahmke. — Wahrer Jakob, Simeonstr. 23 bei Flick.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und der Umgegend. Vorsitzender: P. Gent, Dresdenerstr. 107/8. Aenderungen den Vereinskalender betreffend sind zu richten an H. Bendix, Alexandrinenstr. 100. **Sonnabend,** Theater- und Vergnügungsverein Hand in Hand, Georgenkirchstr. 65 bei Späth. — Theater- und Vergnügungsverein Renaissance, Schlesischestr. 38 bei Paulks. — Vergnügungsverein Vergißmeinnicht, Rügenerstr. 23 bei Hoffmann.

Arbeiter-Turnerbund. Sonnabend: Turnverein Fichte, Berlin abends von 8 bis 10 Uhr: 1. Männer-Abtheilung Friedenstr. 37. — 3. Männer-Abthl. Boeckhstr. 21. — 2. Lehrlings-Abth. Stalitzerstr. 55—56. — 4. Lehrlings-Abthl. Stephanstraße 3. — Freie Turnerschaft Rixdorf-Brix, E. Wiersing's Restaur., Kniesebeckstr. 113. — Turnverein Deutsche Eiche, Johannisthal. Männer-Abthl. abends von 9—10 Uhr in Schaller's Ballsalon.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Sonnabend. Theaterverein Bohemia, Veteranenstraße 18 bei Schulz. — Bühnenverband Normania, jeden letzten Sonnabend im Monat Gr. Frankfurterstraße 116 bei Höhne. — Vergnügungsverein Helgoland II., jeden Sonnabend nach dem 1. im Monat Lüddenerstr. 9 bei Lehmann. — Skatklub Fortuna, Huttenstr. 1 bei Krahat. — Rauchklub Dornröschen, Bürgsdorfstr. 14 bei Herbner. — Theaterverein Nordstern, Dunckerstr. 60 bei Schulz. — Privat-Theatergesellschaft Alpenrose, Badstr. 35—36, Restaurant Marienbad. — Vereinigung der Turnfreunde, von 8½ bis 10½ Uhr abends, Demminerstr. 56—57 — Turnverein Osten, Turnhalle Blumenstr. 63a, von 8½—10 Uhr abends Männer-Abtheilung. — Zitherklub Erika, Hessische- und Hannoverschestraße-Ecke im Restaurant Müller. — Theaterverein Othello 1, Manteuffelstr. 9 bei Nowack. — Skatklub 1 Hurrah, Lüddenerstr. 23 bei Schneider.

Bildungsverein „Mehr Licht", Bibliothekstunde von 9 bis 10 Uhr abends, Mollenstr. 13 bei Gärtner.

Dansk Forening Freja, har Mödeaften hver Lördag Kl. 9, Kommandantenstrasse 72 (Neues Klubhaus).

Böhmisch-slawischer Bildungsverein Hawlischek, Beuthstr. 21, Restaurant „Zur neuen Post", heute Abend 9 Uhr Mitgliederversammlung.

Deutscher sozialdemokratischer Leseklub in Paris. Rue St. Honore 314, Cafe du Lion de Belfort. Jeden Sonnabend öffentliche Versammlung; reiche Bibliothek, Zeitungen, französischer Unterricht.

London. Der einzige hiesige sozialdemokratische Verein Londons, der alte, von Karl Marx und Friedrich Engels 1846 mitbegründete Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein befindet sich nach wie vor 49 Tottenham Street, Tottenham Court Rd., W. London.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. H. 29. Hamburg.) Filiale Berlin 8. Sonnabend, den 21. August, abends 8½ Uhr, Manteuffelstr. 47: Mitglieder-Versammlung. Kassenbericht. — Filiale Berlin 4. Abends 8½ Uhr bei Fritz Wilke, Andreasstr. 26: Mitglieder-Versammlung. — Filiale Berlin 5. Abends 9 Uhr, bei Koplin, Lothringerstraße 65: Mitglieder-Versammlung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 22. August, vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 11 Uhr vormittags ebendaselbst: Vortrag des Herrn Wilhelm Bölsche: „Wahre und falsche Autorität in der Wissenschaft."

Tischler-Verein. Heute Abend 8½ Uhr, Melchiorstraße 15: Versammlung.

Vermischtes vom Tage.

— Aus Frankfurt wird unterm 20. August gemeldet: Auf der Grube Bach bei Ziebingen wurden gestern sieben Personen verschüttet; vier Personen sind todt, zwei leicht und eine schwer verletzt. —

— Paul Thumann sittlichkeitsgefährlich. In Bad Kissingen wurde eine große Photographie des bekannten Bildes von Paul Thumann „Quellennixe", als „anstoßerregend" aus einer Kunsthandlung heraus konfiszirt. —

— In Iglau hat ein betrunkener Soldat einen Schankwirth, der ihm in der Nacht auf offener Straße entgegenkam, das Bajonnet in den Leib gestoßen. Der Verwundete starb nach wenigen Minuten. —

— Bern, 20. August. Das sehr rasche Schmelzen des Schnees und die nachfolgenden außergewöhnlich starken zwei Tage dauernden Regengüsse haben in der Nacht zum Donnerstag ein äußerst gefährliches Anschwellen aller Gebirgsflüsse bewirkt. In dem Berner Oberland war der Verkehr vielfach unterbrochen. In der vergangenen Nacht herrschte im ganzen schweizerischen Gebirge bis auf eine Höhe von 1000 Meter herab starker Schneefall. Heute hat sich das Wetter bei stark abgekühlter Temperatur aufgeheitert; die Gefahr ist beseitigt. —

— In Arad gebar eine scheintodte Frau im offenen Sarge während der Einsegnungszeremonie ein Kind. —

— In der Zuiderzee hat ein Fischer eine mit Geldstücken aus dem 18. Jahrhundert gefüllte Kiste gefunden. —

— Ein höflicher Mann. Mehrere Familien der Rue de Belzunce in Paris erhielten dieser Tage folgende Todesanzeige zugestellt: „Herr Jean Poinat ersucht Sie, wenn Sie eine freundliche Erinnerung an ihn bewahrt haben, ihn gütigst auf seiner letzten Reise begleiten zu wollen. Er wird seine Wohnung, 11, Rue de Belzunce, am 16. August 1897, punkt 9 Uhr verlassen, um sich nach dem Kirchhofe Père-Lachaise zu begeben. Indem Herr Jean Poinat Sie bittet, seinen posthumen Dank entgegenzunehmen, würde er Ihnen gleichzeitig sehr erkenntlich sein, wenn Sie ihm ein stilles Eckchen in ihrem Gedächtnisse bewahren wollten." Der Verstorbene hatte diese Anzeige vor seinem Abscheiden drucken lassen, wobei nur das Datum und die Begräbnißstunde vorläufig frei gelassen wurden.

— Wie im vorigen Jahre im Treptower Park, so befinden sich auch auf der Ausstellung in Brüssel einige hundert Neger. Sie können aber das Klima nicht vertragen. Sieben von ihnen sind bereits gestorben. —

— In London sieht man gegenwärtig viele Pferde mit Strohhüten zum Schutz gegen die Hitze ausgerüstet. Der britische Konsul in Bordeaux hat vor einigen Monaten die Strohhut-Fabrikanten in Luton aufgefordert, sich auf die Herstellung von Pferdehüten zu verlegen. —

— Der Bierverbrauch der Welt. Aus London wird berichtet: Nach einer amtlichen Statistik werden gegenwärtig 17 700 000 000 Liter Bier auf der Erde gebraut. Davon kommen 5 000 000 000 Liter auf Deutschland, 4 790 000 000 auf Großbritannien und Irland, 3 200 000 000 auf die Vereinigten Staaten und 1 350 000 000 auf Oesterreich-Ungarn. Belgien braut und verzehrt jährlich 1 050 000 000 Liter Bier, Frankreich 840 000 000 und Rußland 400 000 000. —

c. e. Die farbigen Aerzte, die in den Vereinigten Staaten ihre Praxis ausüben, sind jüngst in Washington zu einem Kongreß zusammengetreten, um über die Gründung eines Verbandes der „Neger-Aerzte" zu berathen. Die Zahl dieser farbigen Heilkünstler ist ungefähr 2000. —

c. e. Eine entsetzliche Explosion, welche am 5. August in Chicago während eines Brandes in einem Getreide-Elevator erfolgte, veranlaßte den Tod von acht Personen. Drei von den Getödteten sind Feuerwehrleute. Die Katastrophe wurde durch das Bersten eines Dampfkessels oder durch die Explosion von Mehlstaub herbeigeführt. Die Gewalt der Explosion war so groß, daß die Mauern des Gebäudes in den Chicago River geschleudert wurden; das Dach wurde in so viele brennende Scheite gerissen, daß sich über ganze Häusergevierte und Straßen hinweg ein Feuerregen ergoß. Dutzende von Personen wurden von fallenden Trümmern getroffen und verwundet. —

— Ein Mormonerich. Am 7. August stand in einer Chicagoer Zeitung folgende Aufforderung: „Alle Weiber und Frauen, welche glauben, mit David E. Beales oder „Gales" verheirathet zu sein, werden hiermit ersucht, sich am Mittwoch, den 11. August, morgens 9 Uhr, nach der Stock Yard Polizeistation zu begeben, um ihren Ehemann in natura zu identifiziren. Die Zeitungen in Marquette, Kalamazoo, Galena u. s. w. werden ersucht, diese Notiz abzudrucken. —

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde fällt bis Ende August aus. Im Briefkasten werden juristische Fragen auch weiter beantwortet werden.

Zentral-Kranken- und Begräbnißkasse für Frauen und Mädchen in Deutschland (Offenbach). Bei H. Heckel, Prinzessinnenstr. 1/2 IV und bei Freugang, Schützenstr. 18/19, befinden sich Zahlstellen dieser Kasse.

J. D. 72. Davon ist uns nichts bekannt. — **C. E. 175.** Der Anspruch wäre beim Amtsgericht geltend zu machen. Die betreffende Frau ist berechtigt, von dem Geld so viel abzuziehen, als ihr an Schaden durch Nichteinhaltung des vereinbarten Monats zugefügt ist. — **Pormann, Hornstr. 19.** Wenden Sie sich an die Offenbacher Kasse für Frauen. — **F. H. 565.** 1. Das hängt vom Inhalt der Annonce ab. 2. Die Betreffende kann beim Gewerbegericht auf Entschädigung für 14 Tage klagen. **T. 18.** Sie können mit Aussicht auf Erfolg auf Zahlung des Lohnes für 14 Tage klagen. — **H. M.** Beträgt die Jahresmiethe mehr als 150 Mark, so gilt der mündliche Miethsvertrag als auf ein Jahr geschlossen, also bis zum April. Beträgt die Miethe weniger und ist in Monatsraten zu zahlen, so ist zu kündigen. — **A. Z., Friedrichshagen.** Ist nicht angängig. —

Witterungsübersicht vom 20. August 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresspi.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° C. = 4° R.)
Swinemünde	759	WSW	2	halb bedeckt	16
Hamburg	760	WSW	3	wolkenlos	14
Berlin	760	NNW	3	bedeckt	16
Wiesbaden	763	SW	1	heiter	15
München	765	W	4	Regen	9
Wien	760	W	3	wolkig	16
Papa-randa	758	SSW	3	bedeckt	17
Petersburg	—	—	—	—	—
Cork	750	W	5	halb bedeckt	16
Aberdeen	—	—	—	—	—
Paris	768	S	2	heiter	18

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 21. August 1897.

Wärmer, vorwiegend heiter, zeitweise wolkig bei mäßigen südwestlichen Winden, Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Berliner Wetterbureau.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).

Sonntag, den 22. August, vormittags 10½ Uhr, in Feuerstein's Lokal, Alte Jakobstraße 75:

Branchen-Versammlung der Bauklempner, Rohrleger und Gehilfen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Timm** über: „Klassenkämpfe einst und jetzt." 2. Diskussion. 3. Wahl eines Branchen-Vertreters für obige Gruppen in die Ortsverwaltung. 4. Verbandsangelegenheiten.

In der Versammlung werden Umschreibungen vollzogen und Beiträge entgegen genommen. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

160/5 **Die Ortsverwaltung.**

Den Mitgliedern des ehemaligen Berliner Verbandes, welche ihre Umschreibung noch nicht bewirkt haben, zeigen wir nochmals an, daß die Umschreibung bis zum 31. August bewirkt sein muß, andernfalls verlieren die Mitglieder ihre Rechte.

Wir ersuchen unsere Kollegen und Vertrauensleute, dies ihren Mitarbeitern zur Kenntniß zu bringen.

In nachfolgenden Lokalen werden nur Sonnabends, abends von 8—10 Uhr Beiträge entgegengenommen:

Döring, Thurmstr. 72,
Liebe, Gotzkowskystr. 25,
Fürstenberg, Kirchstr. 5, und
Buding, Rixdorf, Berg- u. Kirchhofstraßen-Ecke.

Fachverein d. Musikinstrumenten-Arbeiter

Vereins-Versammlung

am Sonnabend, den 21. August, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Helfer, Oranienstraße Nr. 51.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Adolf Hoffmann** über: Gesetz und Recht. 2. Diskussion. 3. Werkstatt-Angelegenheiten.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

143/4 **Der Vorstand.**

Leder- und Galanterie-Arbeiter.

Montag, den 23. August 1897, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Rautenberg, Oranienstr. 180:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **A. Hoffmann** über: „Der Kampf ums Dasein." 2. Wie stellen sich die Kollegen dem Verbande gegenüber? 3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwarten 28/1 **Die Vertrauensleute.**

Verband der Möbelpolirer.

Montag, den 23. August, abends 8½ Uhr, Admiralstr. 18c:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Grempe über: Riesenfernrohrbauten. 2. Diskussion. 3. Werkstatt-Angelegenheiten.

Die Kollegen von Hockstein, Admiralstr. 18c, sind hiermit eingeladen.

Heut:

Sommer- und Kinder-Freudenfest

im „Schweizer-Garten", am Königsthor.

Eröffnung 2 Uhr. Anfang der Vorstellung 4 Uhr.

Billets à 25 Pf. sind in den Zahlstellen und bei den Kollegen zu haben. Näheres Plakat. 148/3 **Der Vorstand.**

Achtung! Textil-Arbeiter. Achtung!

(Filiale I Berlin.)

Montag, den 23. August 1897, abends 8½ Uhr, bei Wilke, Andreasstraße Nr. 26:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Damaschke über: „Was ich in Jerusalem gesehen habe." 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

197/12 **Der Vorstand.**

Achtung! O. J. Engelke, Neue Jakobstraße 26, echten alten Nordhäuser Liter M. 1,—, ½L. M. 0,50, extra alte Waare „ „ 1,40, „ „ 0,70. Kleinverkauf von 10 Pf. an.

Möbel auf Theilzahlung. Neue J. Kellermann, Jakobstr. 26.

Materialwaaren-Geschäft, gutgehend, billig zu verkaufen. Jährl. Miethe 210 M. Laden, Stube und Küche part. Steglitz, Herderstr. 4.

Gürtler und Drücker.

Montag, den 23. August, abends 8½ Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstraße Nr. 20—22:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. „Was ist zu thun, um unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern?" Referent: **Paul Littin.** 2. Bericht und Neuwahl der Vertrauensleute. 168/3

Zahlreiches Erscheinen ist nothwendig.

Die Vertrauensleute der Gürtler und Drücker.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. H. Nr. 29) Hamburg.

Sonnabend, 21. August, ab. 8½ Uhr:

Mitgliederversammlung

bei **F. Wilke,** Andreasstr. 26:

Tages-Ordnung:

Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: Lungenleiden, deren Behandlung und Verhütung.

Nur Mitglieder und deren Damen haben Zutritt.

Mitgliedsbuch legitimirt.

975 **Die Ortsverwaltung.**

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin".

Sonntag, 22. August: Tour nach Rüdersdorf-Kalkberge. Abf. früh 7 Uhr Schles. Brücke. Für Nachmittag: Abf. 1 Uhr Schles. Brücke. Zusammentreffen: Dorf Rüdersdorf bei Dahlemann.

Billets zum am 4 Septbr. stattfindenden Stiftungsfest sind bei den Mitgliedern zu entnehmen.

W. Balke, Schuhmachermstr.,

Köpenick, Grünstr. 48.

Herren-, Damenstiefel u. Kinderstiefel zum billigsten Preise halte stets vorräthig. Reparatur schnell u. bill. [2110a*

Von der Reise zurückgekehrt **Dr. Bradt,** 105b Wienerstrasse 20.

Stralau.

Empfehle meinen werthen Parteigenossen zum Stralauer Fischzug angelegentlichst mein **Bier-Lokal** zur gefl. Benutzung. 2366a* **Emil Girbig,** Stralau, Dorfstr. 17.

Karlsgarten

Karlsgartenstr. bei der Hasenhaide.

Sonntag: **Letztes diesjähriges Erntefest.** Abends großer Umzug sämmtl. Ponny und Eselgespanne.

Inny- u. Flaschenbier-Geschäft umständehalber bill. zu verk. Miethe 370 M. Schliemannstr. 40.

Wo kaufen Sie Ihre **Cigarren?** Am besten bei **Binnebösc,** Schillingstr. 36.

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitschke,** gegründet 1872, Stalitzerstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor.

Lanolinseife!

macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefere ich f. 10 Pf. p. Woche. Handtuch-Verleih-Inst. **L. Figner,** Neue Königstr. 17. Fernsprech-Amt VII. Nr. 2087.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 21. August:
Neues kgl. Operntheater (Kroll). Cavalleria rusticana. Bajazzi. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Sommernachtstraum. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Einsame Menschen. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Comtesse Guckerl.
Lessing. Die Geisha.
Westen. Freischütz.
Neues. Der Stellvertreter. Anfang 7½ Uhr.
Unter den Linden. Herr Beaudeau. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Weh' dem, der lügt. Anfang 8 Uhr.
Zentral. Ein fideler Abend. Anfang 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Venia. Raub der Sabinerinnen.
Ostend. Unsere Reichspost. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verbotene Früchte.
Belle-Alliance. Spezialitäten. 6 Uhr.
Apollo. Venus auf Erden. 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. 30 Kinder der Wüste.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Weh' dem der lügt.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Was Ihr wollt.**
Montag, abends 8 Uhr: **Weh' dem der lügt.**

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß**
Unsere Reichspost.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Anfang 5½ Uhr:
Großes Sommernachtsfest.
Auftreten sämmtlicher Spezialitäten.
Lebende Photographien.
Hugo Schulz.
Paula Grigatti, Henriette Ferry, Harry Marly.
Montag, den 23. August: Benefiz für **Hugo Schulz.**

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz. Emil Thomas a. G.
Sonnabend, den 21. August 1897:
Zum 94. Male:
Ein fideler Abend.
Burleske dramatische Revue in einem Vorspiel und 3 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannstädt. Musik von verschiedenen Meistern, arrangirt vom Kapellmeister Julius Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Ein fideler Abend.

Apollo-Theater

und Konzert-Garten.
Friedrichstr. 218. Dir. **J. Glück.**
Täglich um 9 Uhr:
Venus auf Erden.
Otto Reutter, Mr. Rudinoff, Else Arevalo etc. etc.
Kassenöffnung 6½ Uhr.
Konzert 7 Uhr. Anf. d. Vorst. 8 Uhr.
Mittwoch, den 1. September cr.:
Eröffnung der Winter-Saison.
Vollständig neues Programm.

Viktoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112
nahe Potsdamer Platz.
(Garten resp. Saal)!
Täglich:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)

Neues Programm!
Anfang 8 Uhr. Entree **50** Pf.
Billets à **40** Pf. und Familien-Billets à 1 M. nur im Vorverkauf.
(Siehe Plakate.)
Heute nach der Soiree:
Tanz-Kränzchen.

Urania

Taubenstrasse 48–49.
Naturkundl. Ausstellung tägl. geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. — Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Passage-Panopticum.

Letzte Woche! 30 Kinder der Wüste.
Vorstellung **12, 5, 7, 9 Uhr.**

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Bärenweib
die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!
Neu! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Eröffnungs-Vorstellung Mittwoch, den 1. September.
Zum 1. Male:
Geschwister Fiebig.
Modernes Volksstück in 3 Akten von Oscar Wagner und Hugo Haßkerl.
Musik von Fritz Krause.
Billetverkauf im Invalidendank, Unter den Linden 24 und im Theaterbureau.

Schweizer Garten.

Am Königsthor. (Haltestelle der Pferdebahn.) **Am Friedrichshain.**
Neues Riesen-Programm!
Ein Sport-Fest in Wusterhausen.
Gr. Ausstattungs-Operetten-Burleske.
Sarrasani's urkomisch dressirte Thier-Familie.
Im Saale: **Grosser Ball.**
Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Im September ist nur noch ein Sonnabend zu vergeben.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Täglich: Konzert. Theatervorstellung.
Auftreten Spezialitätenkünstl. I. Ranges
Neu! Neu!
Rosen aus dem Süden.
Original-Burleske mit Gesang von W. Geride.
Jeden **Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:**
im Saal: **Grosser Ball.**

Gebr. Herrnfeld's

I. Original-Budapester
Possen- und Operetten-Theater
verbleibt nach wie vor in
Kaufmann's Variété.
Erzielt zur Zeit die grössten Triumphe und **ausverkaufte Häuser** mit dem **Saison-Schlager**
„Himmel auf Erden."
Vorher die reizende Operette **„In flagranti"** und **Künstler-Spezialitäten.**
Vorbereit.: „Ein Abend im Wintergarten" u. „Im Atelier."

Puhlmann's Vaudeville-Theater

Schönhauser Allee 148, Kastanien-Allee 97–99.
Täglich:
Im Reiche der Sirenen.
Große Ausstattungsburleske mit Gesang und Tanz in 3 Abtheil. Ludwig Glaser, Humorist. Robert Dill, Operet.-Sänger. Little Nannon, Miniat.-Soubr. Geschwister Ernesto, dopp. Seil. Barbarina's Ballet. Mrs. Trudy, Luftpotpourri.
Kinematograph! (lebende Photogr.) neue Serien. Großer Ball.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Reserv. 50 Pf.

Ostbahn-Park

Am Küstriner Platz **Hermann Imbs.** Am Küstriner Platz
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Der Stumme und sein Affe.
Ausstattungs-Ensemble.
Neue Attraktions-Nummern.
Entree Sonntags **20** Pf., Kinder 10 Pf., Wochentags 10 Pf., Kinder 10 Pf.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen.
Mittwoch: Kinder-Fest.

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau

Oeconomie: **Birkholz & Mittag.**
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.
Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree.
Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
Kaffeeküche v. 2–7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Rennbahn-Halensee.

Sonntag, den 22. August, nachmittags 4 Uhr:
Gr. Match über 5 Kilometer
Preis: 3000 Mark
Paul Mündner
startet gegen
Mr. S. F. Cody.
Cody stehend auf 2 Pferden
startet gegen Rennfahrer
ausserdem
Radrennen, Tandem-Fahren.
Billets vorher bei **O. Wendt,** Leipzigerstr. 112.

R. Hohlwein's Keglerschlösschen, viertes Lokal, **Treptow,** hinter der Verbindungsbahn.
Schöner Garten. Glas Bier 10 Pf. Große Weiße 20 Pf. Kaffeekochen à Liter 60 Pf. 1686Q* **R. Hohlwein.**

Achtung! R. Buske, Grenadierstr. 33.
3 Säle zu Versamml., Festlichkeiten, sowie mehrere Vereinszimmer zu vergeben. Sonnabende u. Sonntage noch frei. Meldungen rechtzeitig erbeten.

Pichelswerder. Für Landpartien und Ausflüge empfehle mein Lokal. Brückenrückgang wird vergütet. Auch Dampferanlegestelle. Es ladet ein 1584Q*]
Der Alte Freund.

Wirthshaus Schmargendorf.
Sonnabend, den 21. August:
Grosser Sommernachts-Ball
wozu ich alle Genossen einlade. **Karl Baier.**

Grünau. **Gastwirthschaft von G. Lindenhayn** **Grünau.**
Friedrichstrasse 2. [1768Q*
Zimmer von 25–30 Personen.
Saal bis 80 Personen mit Piano. — Garten u. Kegelbahnen.
Arbeiter-Verkehrslokal.

Carolinenhof. C. Mandt, Restaurant.
Dampfschiffs-Station. [1929Q*
Zwischen **Grünau** und **Schmöckwitz** schönster Punkt der Oberspree.
Stündliche Omnibus-Verbindung Bahnhof Grünau. — Wald-Spielplätze.

Durch Ersparniß von Laden- und Schaufenstermiethen **biete ich in meinem Geschäftslokal** 2020Q*
Landsberger Strasse 90, I. Etage,
jeden **Vortheil im Einkauf** und empfehle **speciell Schlesische Fabrikate:** weiß **Leinen zu Hemden, Bezügen, Betttücher, Handtücher, Taschentücher, Tischzeuge** und **Servietten, Hemdentuch, Hemden-** und **Blousen-Parchende, Züchen** und **Inletts, Gardinen, Flanelle** und **Teppiche in großer Auswahl zu billigen aber festen Preisen.**
Siegbert Schwerin, Berlin, 90 Landsberger-Strasse 90, I Et.

Parteigenossen!

Hüte nur mit Kontrollmarke
Schirme, Stöcke, Kravatten
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2. Ecke Stallschreiberstraße.

• Brunhilde! • **Roland Cheviot!**
Unverwüstliche u. echtfarbige Spezialitäten der Firma
Carl H. Klippstein & Co., Mühlhausen i. Thür. No. 11
Weberei und Versand-Geschäft.
Unsere **reichhaltige** Kollektion von **Damen-** und **Herrenstoffen** sowie **Portièren** steht auf Wunsch **franko** zur Verfügung.
Zahlreiche, uns unverlangt zugegangene Anerkennungsschreiben bezeugen die **Vorzüglichkeit** unserer Stoffe.

Nonnenberg's Restaur., Treptow, Parkstrasse.
Jeden **Sonntag: Frei-Konzert.**
Schöner Garten. Gr. Saal. Kaffeeküche.

Grünau.
G. Wagner's Restaurant
früher **Lietke.**
Großer Saal, Garten, Kaffeeküche, Kegelbahn, Ausspannung.

Schulz' Festsäle
Neue Königstr. 7, am Königsthor.
In den neu renovirten Sälen:
Jeden Sonnabend und Sonntag:
= Großer Ball. =
Vereinszimmer. Saal für Versammlungen frei. **Ed. Schulz.** Gastwirth.

Restaurant Klugmann,
Rummelsburg, Chausseehaus.
Herrlicher, schattiger Garten, Naturwald, 5000 Personen fassend, überdeckte Kegelbahnen, Kaffeeküche.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree: Saal und II. Rang 30 Pf., Sperrsitz 50 Pf., Logen u. I. Rang 1 M.

Konzerthaus Sanssouci,
Kottbuserstr. 4a. Inh. **H. Pierry.**
Heute, Sonnabend:
Der Lumpenball.
Neue Nummern in Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Passe-partouts gelten.
Avis! Sonnabend, den 28. August: **Großes Sommerfest.**

Haferland's Restaurant,
Ober-Schöneweide,
empfiehlt seinen Saal, Garten, Kegelbahn, Kaffeeküche. Solide Preise. *

Allen Freunden u. Genossen bringe mein neu eröffnetes **Weiss- und Bairischbier-Lokal** zur gefälligen Erinnerung. Vereinszimmer sind noch zu vergeben. **Louis Schappach,** Marienburgerstr. 9.

Wwe. Kümpel's Stehbierhalle, **Treptow.** Parkstraßen-Ecke. *

Johannisbeerwein

1/10 Liter Weinglas 10 Pf.
Eugen Neumann & Co.,
Obst- und Beerenweinkelterei.
Damit ein geehrtes Publikum sich von der Güte und Vorzüglichkeit unserer Fruchtweine überzeugen kann, haben wir einen Ausschank errichtet und zwar
Kommandantenstr. 67.

Dr. Simmel **Moritzplatz,** 1. Haus v. Aschinger
Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.
10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.

Zahn-Atelier.
Künstl. Zähne in tadelloser Ausführung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an. Schmerzlos. Zahnziehen mitt. Cocain, Clorethyl, Chloroform und Lachgas unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigen umsonst; Ratenzahlung gestattet, Woche 1 M. *
Guckel, Lausitzer Platz 2, Elsasserstraße 12, Steglitzerstraße 71.

Homöopath. Poliklinik.
Brunnenstr. 14. — Sprechst. 2½–4½. Hals-, Brust-, Magen-, Frauen-, Haut-, Geschlechts-, Nasen- u. Ohrenkrh. *

Wasserzucht f. kalkw. Brsch. 40 Pf. fr. v. Parasiten, Künster l.d.. Hellauß.

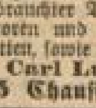
Künstliche Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
*] Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Für **Herren- und Knaben-** **Hüte** unbedingt die billigste Quelle ist **G. Kleitmann's** Fabriklager, Marianmenstr. 33, v. pt., **kein Laden!**

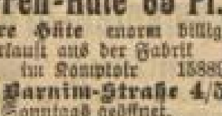
Möbel

verliehen gewesene und neue, staunend **billig. Theilzahlung gestattet.** Beamten ohne Anzahlung. 1791Q*
Neue Königstr. 59.

Für Landpartien und Sommerfeste
empfehlen wir in großer Auswahl: **Stocklaternen, Lampions, Fahnen, Papiermützen** 2c., sowie **Verloosungs-Gegenstände.** Händler u. Arbeitervereine erhalten die billigsten Fabrikpreise. 2108Q*
S. & G. Saulsohn, Berlin C., Kaiser Wilhelmstraße 19a.



Jede Uhr
reparirt und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Gutgehens nur **1 Mark 50 Pf.** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pincenez.
* **Carl Lux,** Uhrmacher.
35 Chaussee-Straße 35.
Bitte genau auf Nr. 35 zu achten.



Herren-Hüte 65 Pf.
Bessere Hüte enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir 1588Q*
nur Barnim-Straße 4/5,
Sonntags geöffnet.

Sozialdemokratischer Wahlverein im 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. (Süd-Ost).
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse 243/12
Hugo Neuendorff,
Gürtler,
am 18. d. M. nach langem schweren Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 22. August, nachm. 4½ Uhr, von der Halle des Neuen Louisen-Kirchhofs (Hermannstraße) aus statt.
Um rege Betheiligung ersucht
Der Vorstand.

Kranken- und Begräbnißkasse der Berliner Gürtler u. Bronzeure. (E. H. 60.)
Die Beerdigung des am 18. August verstorbenen Mitgliedes, Gürtler
Hugo Neuendorff
findet am Sonntag, den 22. d. M., nachm. 4½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofes statt.
Um rege Betheiligung bittet
1065 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
(Verwaltungsstelle Berlin.)
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 18. August, starb unser langjähriges Mitglied, der Metalldrücker 106/8
Hugo Neuendorff.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachm. 4½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofs in Rixdorf aus, statt.
Um rege Betheiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

4blätterige Kleeblätter,
natürliche, gepreßte, nicht größer als ein 50 Pfennigstück, werden **zu kaufen gesucht** und pro Stück mit 5 Pf. bezahlt von **Beyer, Berlin,** Holzmarktstr. 50c, I r. 82/5*

Zu vermiethen per sofort oder später Brunnenstraße 165 große helle Räume, passend für Konfektion und andere leichte Gewerbebetriebe. 525

Freundliche Hofwohnungen billigst * Swinemünderstr. 51/52.

Wohnungen von 3, 2, 1 Stube, Küche, Zubehör, einzelne Stuben, Stallung, Remisen, Lagerkeller, billig **Frankfurter Allee 16.** [3419b

Mühlenstraße Nr. 8
nahe Oberbaum u. Warschauerstraße, sind billige freundliche Hofwohnungen vom 1. Oktober zu vermiethen. Näheres beim Verwalter. 3025Q*

Schlafst. f. H. Oranienstr. 182 IV r.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
Zuzug fernhalten von Drechslern und Tischlern von
Engel, Demminerstr. 5,
292/7 Die Ortsverwaltung.

Zuzug von Formern, Kernmachern u. Maschinenformern nach der Firma **Rössemann & Kühnemann** ist streng fernzuhalten.

Tanz-Maitre verl. Colbergerstr. 23.

Tüchtige
Gürtler,
welche auf Broncekronleuchter gearbeitet haben, sofort gegen hohen Lohn **gesucht.**
Heinr. Sonnenschein, Düsseldorf,
82/8* **Mörsenbroich.**

Tischler-Werkführer.
Für unsere neu erbaute **Möbelfabrik** mit **Dampfbetrieb** in **Springe** suchen wir für die Abtheilung „Weiße Küchenmöbeln" einen mit der Fabrikation und mit Maschinen durchaus vertrauten energischen Werkführer. *
Banneitz & Co., Stuhlfabrik, Hannover.

Möbelpolirer!
Lasse sich niemand verleiten, nach **London** zu machen, daselbst streiken die Kollegen. 148/2*
Auskunft ertheilt
Der Vorstand des Verbandes. H. Schulz, Memelerstr. 60a.

Dirigent für Mittwoch sucht Arbeiter-Gesangverein. Adressen erb. Pasewalkerstraße 3 bei **Bergmann,** Restaurateur. 66/6

Vergolder, Farbigmacher verlangt Neu-Weißensee, Gustav Adolfstr. 15.

Mamsells auf wattirte Räder, 2,75 bis 3 M. verlangt
935] Teske, Breslauerstr. 30 II.

Tüchtiger Kaufmann wünscht sich mit Kapital bei einem Fabrikat.-Geschäft betheiligen, bevorzugt Metall-Kurzwaaren. [995
Offerten sub P. 2 an die Exped. dieser Zeitung.

Suche 6 Dachdeckergesellen bei dauernder Beschäftigung.
F. Birkholz, Dachdeckermeister, Landsberg a/W., Küstrinerstr. 87.

Achtung! Achtung! Vergolder.
Zuzug streng fernzuhalten für Vergolderinnen bei der Firma **Ad. Werkmeister, Schmidtstraße 8a.** **Die Kommission.**

Viktoria-Garten, Treptow,

Morgen, Sonntag: Grosses Garten-Konzert.
1988Q*] **(früher Kümpel), Köpenicker Landstrasse.** Im großen Saale: **Tanz.** **Pony- und Esel-Reiten. 11 Kegelbahnen. Kaffeeküche** (à Liter 70 Pf.)
Jeden Mittwoch: **Grosses Kinderfest, verbunden mit grosser Verloosung und Volksbelustigungen aller Art.**

Pferdebucht.

Köpenick. 20 Minuten Waldweg. Morgen, Sonntag: Grosses Brombeeren-Fest mit Ueberraschungen für Damen und Kinder, arrangirt von Herrn **Lüdicke.** Bengalische Beleuchtung des Waldes.
Vom 29. August an jeden Sonntag: **Grosses Preis-Kaffeekochen.** Jede Dame erhält ein Loos gratis.
Außerdem mache den Vereinen und Gesellschaften bekannt, daß mein Lokal nicht blos für den persönlichen Verkehr, sondern überhaupt frei ist. **W. Magdeburg.**

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.